

Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Freitag, den 12. November 1999

Inhalt

Fragestunde (S. 848)

Aktuelle Stunde

“Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik in Kärnten”; Antragsteller FPÖ-Klub

Redner: Dr. Strutz (S. 864), Kollmann (S. 865), Dr. Wutte (S. 866), Jost (S. 867), Schlagholz (S. 868), Sablatnig (S. 870), Scheider (S. 871), Arbeiter (S. 872), Ing. Eberhard (S. 873), Ing. Rohr (S. 874), LR Unterrieder (S. 875)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 177-1/28:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten, zu den Stellenplänen des Landes Kärnten für das Jahr 2000, zum Entwurf eines Beschlusses über ein Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2004 im Sinne des Art. 61 Abs. 1,2,3 und 4 K-LVG und zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Kärntner Landesregierung Voll-

machten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 2000 erteilt werden.

Die Einbegleitung erfolgt durch den Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger. (S. 877)

Mitteilung des Einlaufes

B) Dringlichkeitsanfragen:

Ldtgs.Zl. 242-1/28

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Kontrolle des Kärntner Glücksspielgesetzes durch die Firma SIBA

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 883)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Mehrheit (FPÖ nein, SPÖ nein, ÖVP ja) (S. 883)

Beantwortung binnen zwei Monaten gem. § 22 Abs. 6 K-LTGO. (S. 883)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 884)

Beginn: Freitag, 12.11.1999, 14.04 Uhr

Ende: Freitag, 12.11.1999, 16.48 Uhr

Beginn der Sitzung: 14.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritte Präsidentin **Dr. Sickl**

A n w e s e n d : 34 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** und Herr Abgeordneter **Ing. Wissounig**

B u n d e s r ä t e **Mag Repar, Ing. Gruber**

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**, Landesrat **Ing. Pfeifenberger**,

Landesrat **Unterrieder** Landesrätin **Mag. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

S c h r i f t f ü h r e r : **Mag. Arnold**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie

auf das allerherzlichste, auch die Anwesenden auf der Zuhörerbank und die Pressevertreter. Ich begrüße die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Haider an der

Spitze und die Beamten des Amtes. Entschuldigt ist Bundesrat Mag. Christof Neuner. Der Landtag ist beschlußfähig. Wir kommen zur Fragestunde.

Fragestunde

Hoher Landtag! Die 1. Anfrage

1. Ldtgs.Zl. 48/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Ing. Wisounig an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller

wird nicht aufgerufen, da sie das letzte Mal schon aufgerufen wurde, der Fragesteller nicht anwesend war und somit nach der Geschäftsordnung an den Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller das Ersuchen gerichtet wurde, die Anfrage schriftlich zu beantworten. Wir kommen zur 2. Anfrage

2. Ldtgs.Zl. 57/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landesrat Wurmitzer

Ich bitte, die Anfrage zu stellen.

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! In der vergangenen Periode wurden mehrere Anläufe unternommen, das Gemeindeplanungsgesetz dahingehend zu ändern, daß Gunstlagen im Fremdenverkehr oder Filetstücke über Appartementwidmungen - also der Ausverkauf solcher Gunstlagen - eingebremst oder noch besser verhindert wird. Die Forderungen wurden eigentlich von allen Abgeordneten und von allen Fraktionen unterstützt. Vehement gefordert wurde dies aber auch von der Wirtschaftskammer, Sektion Fremdenverkehr. Ich erlaube mir daher die Frage an Sie zu richten:

Ist auf dem Areal des Hotels Seefels am Wörthersee aufgrund der derzeitigen

Widmungssituation der Bau und Verkauf von Wohnungen möglich?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Zur gestellten Anfrage erlaube ich mir festzustellen, daß aufgrund des Gemeindeplanungsgesetzes in der Widmung Bauland-Kurgebiet sowohl die Errichtung von Fremdenverkehrsbetrieben und deren Zusatzeinrichtungen, Vergnügungseinrichtungen, Sporteinrichtungen möglich ist, als auch auf der anderen Seite die Errichtung von Wohnungen.

Das heißt, daß auch ordentliche Wohnsitze im Bauland-Kurgebiet begründet werden können. Und wenn ich ordentliche Wohnsitze begründen kann, diese natürlich auch verkaufen kann. Was nicht möglich ist, ist die Errichtung von Ferienwohnungen, weil es dafür einer Sonderwidmung bedarf. Auch die Errichtung von Appartements ist eingeschränkt auf die Bestimmung, daß mindestens ein Drittel für gewerbliche Nutzung zur Verfügung stehen muß.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP-Fraktion? - Das ist auch nicht der Fall. Dann hat der Antragsteller die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Herr Referent! Inwieweit kann man damit rechnen, daß Sie den Forderungen des vorhergehenden

den Landtages - in der alten Periode - in etwa mit einem Entwurf Rechnung tragen werden?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! An mich persönlich ist derzeit kein Begehren des Landtages gerichtet. Begehren des Landtages aus vergangenen Perioden enden mit der Gesetzgebungsperiode. Wenn ein derartiges Begehren vorhanden sein sollte, dann bitte ich dieses Begehren an mich heranzutragen. Ich werde die Möglichkeiten, die es gibt prüfen. Aber derzeit ist bei mir kein Begehren anhängig.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 3. Anfrage

3. Ldtgs.Zl. 58/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Wurmitzer

Ich ersuche die Frage zu stellen.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landesrat! Die Nahversorgung ist ein großes Problem. Ich würde fast sagen, das zentrale Problem vieler Gemeinden vor allem im ländlichen Raum. Mir liegen Presseberichte vor, wonach Sie in der Öffentlichkeit erklärt haben, hier unterstützend einzugreifen. Daher frage ich Sie:

Wie sieht das von Ihnen mehrfach öffentlich angekündigte Unterstützungsprogramm für Nahversorger im ländlichen Raum konkret im Detail aus?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Aus der Sicht des Gemeindereferenten ist die Erhaltung der Versorgungsstruktur an Einzelhandelsgeschäften über ganz Kärnten eine wichtige Aufgabe. Ein

Einzelhandelsgeschäft gehört zur Versorgung der Menschen ebenso dazu wie die medizinische Versorgung, wie die Versorgung mit anderen Dienstleistungen. Daher ist es mein Bestreben, die Struktur, die es derzeit noch gibt, auf jeden Fall zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu verbessern.

Das ist die erste Vorgabe. Die Begründung dafür ist recht leicht zu finden, weil zentral gelegene Einkaufszentren für ältere Menschen nicht erreichbar sind. Sie sind nicht erreichbar für Kinder, die einen Bedarf haben. Sie sind nicht erreichbar für Menschen, die über kein eigenes Fahrzeug verfügen und bei denen oft erschwerend hinzukommt, daß der öffentliche Verkehr sie nicht dorthin bringt, wo sie hinwollen. Daher ist die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern ein ganz entscheidender Punkt.

Und nun zum Inhalt Ihrer Anfrage. Für mich ist der Ansprechpartner oder Partner bei dieser Angelegenheit immer die jeweilige Gemeinde. Die jeweilige Gemeinde ist diejenige, die mich aufmerksam macht, daß ihr Nahversorger zusperren möchte oder im Begriff ist zuzusperren. Danach setze ich mich persönlich mit dem Betrieb, mit dem Einzelhandelskaufmann und mit der Gemeinde in Verbindung und wir versuchen eine Lösung zu finden, die garantiert, daß die Fortsetzung und die Fortführung des Geschäftes gewährleistet ist. Es gibt dafür aus meiner Sicht derzeit noch keine Richtlinien, das darf ich sagen, weil für mich jeweils die Gemeinde maßgebend ist und das Maß, das von der Gemeinde beurteilt wird. Ich darf aber dem Landtag auch berichten, daß es sehr wohl auch Erfolge gibt. Es ist uns gelungen, in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gemeinde, den Einzelhandelskaufmann in Micheldorf zu retten, den Einzelhandelskaufmann in Puch in der Gemeinde Weißenstein zu retten, den Einzelhandelskaufmann in Stockenboi dazu zu bewegen, daß eine Betriebsfortführung gewährleistet ist. Auch in der Gemeinde Arnoldstein, in Riegersdorf, hat es eine Aktion gegeben und es kommen in etwa in regelmäßigen Abständen von seiten der Gemeinden Begehren an mich, zu helfen und die Fortführung der Geschäfte zu sichern. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP-Fraktion? - Das ist auch nicht der Fall. Dann hat der Antragsteller die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! Sie haben Weißenstein und Stockenboi erwähnt. Geld ist dort noch keines geflossen. Jetzt frage ich Sie:

Seit wann liegt Ihnen ein gleiches Begehren aus dem Markt Paternion vor?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Sie haben also festgestellt, es sei noch kein Geld geflossen. Es gibt aber meinerseits eine Zusage für die Gemeinde Weißenstein, für das Geschäft in Puch. Und gerade heute hat mir der Herr Bürgermeister anlässlich der Eröffnung des Turnsaales der Hauptschule Feistritz mitgeteilt, daß der Umbau des Geschäftes bereits begonnen hat und in dem Moment, wenn die Rechnungen vorgelegt werden, wird auch der Beitrag erfolgen.

Aus dem Ortsteil Paternion liegt mir kein Ansuchen vor.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 4. Anfrage

4. Ldtgs.Zl. 59/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, die Anfrage zu stellen.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Nebenbeschäftigungen waren in der vergangenen Periode ein heißes Eisen auch hier im Landtag. Ich frage Sie:

Wieviele Bedienstete des Landes Kärnten haben mit Stichtag 1.10.1999 eine Nebenbeschäftigung angemeldet?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich ist zwischen Nebenbeschäftigung und Nebentätigkeit zu unterscheiden. Nebenbeschäftigungen sind solche, die ein Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung in anderen Berufsfeldern als der öffentlichen Verwaltung macht. Das kann von stundenweisen Aktivitäten bis hin zu weiterer beruflicher Aktivität gehen. Das kann von einem Halten eines Vortrages bis hin zu einer zweiten beruflichen Tätigkeit gehen. Nach dem Basissystem der öffentlichen Verwaltung, das seit Juni 1998 in Funktion ist, sind diese Aufgaben alle genau erfaßt. Mit Stichtag 1. Oktober 1999 haben insgesamt 82 Landesbedienstete eine Nebenbeschäftigung gemeldet.

Grundsätzlich ist das Land bereit, solche Nebenbeschäftigungen zu akzeptieren und zu genehmigen, wenn sie nicht in Kollision mit der Dienstzeit geraten. Alles, was außerhalb der Dienstzeit geschieht, wollen wir nicht beeinflussen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Seitens der ÖVP-Fraktion? - Das ist nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Es wäre jetzt verlockend zu fragen, ob es Bereiche gibt, in denen besonders viele Nebenbeschäftigungen gemeldet worden sind. Ich tue das nicht! . Ich

frage: Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus dieser genannten Zahl?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

In Relation zur Größe der Landesverwaltung sind es nicht sehr viele Nebentätigkeiten, die meldepflichtig gewesen sind. Den immerhin 3.800 Landesbediensteten stehen 82 gemeldete Nebentätigkeiten gegenüber. Es ist sicherlich so, daß in einzelnen Bereichen eine entsprechende Kumulation erfolgt. Das ist vorwiegend in den höher qualifizierten Diensträngen zu suchen; dort, wo natürlich die Chance besteht, mit Vorträgen oder mit Lehraufträgen und ähnlichen Möglichkeiten Zusatzverdienste zu akquirieren. Aber soweit sie nicht mit dem Landesdienst und den dienstlichen Verpflichtungen in Kollision sind, entstehen daraus keine Bedenken, sondern man hat eher vom Land aus den Vorteil, daß jemand, der an der Universität unterrichtet, wieder entsprechende Kontakte - auch zugunsten des Landes - realisieren kann und auch Wissen damit einbringt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 5. Anfrage,

**5. Ldtgs.Zl. 60/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz
an Landesrat Unterrieder**

Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Wird es einen Ausbau der Gailtalklinik zu einem "Rehab-Zentrum Süd" und damit einen Zubau für 60 Betten geben?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das in der 8. Sitzung der Bundesstrukturkommission am 15.9.1999 vorgelegte

Rehabilitationskonzept der Österreichischen Sozialversicherungsträger für die medizinische Rehabilitation weist für die Region Österreich-Süd (Kärnten und Steiermark) einen Fehlbestand bei den neurologischen Rehabilitationseinrichtungen von 166 Betten aus. 64 dieser fehlenden Betten für die neurologische Rehabilitation in der Region Österreich-Süd sollen nach dem Rehabilitationsplan der Sozialversicherungsanstalt durch einen Ausbau der Sonderkrankenanstalt Gailtalklinik Hermagor unter dem Titel "Rehab Süd" stattfinden. Dieses Konzept bildet die Grundlage der Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Ich war am Montag dieser Woche bei einem weiteren Gespräch in Wien. Jetzt geht es darum, daß wir vom Tagesatz her eine Summe ausverhandeln - und da diskutieren wir noch um sechs Millionen Schilling mehr oder weniger -, die dazu beitragen kann, daß wir (die wir die Errichtungskosten zu tragen haben; es gibt ja die einstimmige Empfehlung in diese Richtung seitens des Landes) daß wir dann praktisch den Betrieb kostendeckend führen können. Und darüber läuft die Diskussionsphase bereits einige Zeit. Aber ich gehe davon aus und bin sehr zuversichtlich, daß wir bis zum Ende des Jahres - es gibt noch die Sitzungstermine im Hauptverbandsbereich der Sozialversicherungsanstalt - soweit sind, daß wir in das Investitionsprogramm der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft für das nächste Jahr dieses Vorhaben hineinbekommen und der Baubeginn aller Voraussicht nach, soweit man das voraussehen kann, Mitte des nächsten Jahres stattfinden könnte. Hier gibt es für den Bereich des Gailtales zirka 60 zusätzliche Arbeitsplätze.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Ich erteile Zweiten Präsidenten Ferlitsch das Wort!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Wir wissen alle, daß Sie sich sehr anstrengen, um die Gesund-

heitsvorsorge in Kärnten auf Vordermann zu bringen und diese auch so sehen. Auf der anderen Seite stellen Sie auch immer wieder die Arbeitsplätze in den Vordergrund.

Ich frage Sie nunmehr dezidiert: Ist es möglich, daß wir bereits im nächsten Jahr mit dem Bau beginnen können bzw. wieviel Arbeitsplätze werden dadurch gesichert?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Zweiter Präsident! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf feststellen: Ich habe das bereits ausgeführt, daß wir mit 60 zusätzlichen Arbeitsplätzen rechnen. Wir gehen davon aus, daß 60 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, und wir sind sehr dahinter, daß man kostendeckende Tagessätze zustande bringt. Es hat auch schon Gespräche parallel mit dem Finanzreferenten gegeben, daß im Zusammenhang mit den Budgetverhandlungen hier auch die Bereitschaft bestünde, bei der Annuitätenzahlung behilflich zu sein. Das heißt, es ist ein schönes Bauvolumen - 200 Millionen Schilling -; auch das sind Arbeitsplätze. Um auf Ihre Frage zusätzlich noch zurückzukommen: Das sind Arbeitsplätze, wenn die Bauwirtschaft das auszuführen hat. Ständige Arbeitsplätze werden mit ca. 60 angenommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Seitens der ÖVP-Fraktion hat sich Abg. Sablatnig für eine Zusatzfrage gemeldet. - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren! Die Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger laufen. Ist es beabsichtigt, mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger einen Pauschalsatz zu vereinbaren oder werden Tagessätze vereinbart? Wenn Tagessätze vereinbart werden, werden diese kostendeckend sein oder muß das Land Kärnten aus dem Krankenhausbudget zuschießen?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Sablatnig! Ich habe schon gesagt, wir hätten das Thema schon abhaken können im Hauptverbandsbereich. Aber wir haben noch einmal den Versuch gemacht - was nicht üblich ist - im Bereich des Hauptverbandes, nachdem schon eine Zusage für 50 Millionen bestand; wenn man das umrechnet, wenn man das dann auf die Tagsätze multipliziert. Wir haben noch einmal den Versuch gemacht. Deswegen haben wir noch die Sitzung abzuwarten, daß wir die sechs Millionen oder sechseinhalb Millionen wird es genau ausmachen, zusätzlich noch bekommen. Wenn wir einen Tagessatz von 2.400 Schilling haben, dann gehen wir davon aus, daß das kostendeckend ist. Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landesrat! Ihrer Beantwortung ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsanstalten laufen. Wann rechnen Sie, daß die erforderlichen Verträge abgeschlossen werden können?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Ja! Der Hauptverband hat seine Sitzungstermine, und wenn diese Sitzungen stattfinden sind wir sehr optimistisch, daß dann endgültig dieser Satz sein wird, der von uns zusätzlich eingefordert worden ist. Wir haben ja eine Erhöhung auf 2.400 Schilling Tagessatz beantragt, was Anfang Dezember, das bei der Sitzung dann beschlossen wird und daß wir dann im Investitionsprogramm der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft die weitere Vorgangsweise verankern können. Die Investitionen von 200 Millionen Schilling sind ja von uns aufzubringen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 6. Anfrage,

**6. Ldtgs.Zl. 61/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller**

Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Von der Bevölkerung kommt immer wieder Kritik, daß in Kärnten Sondertypisierungen nur schwer erhältlich sind. Das führt dazu, daß man in andere Bundesländer ausweicht.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage sie daher: Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu veranlassen, daß in Zukunft Sondertypisierungen in Kärnten unbürokratischer und damit leichter erhältlich sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Diese Sondertypisierungen sind Genehmigungen von speziellen Umbauten an einzelnen Fahrzeugen und deren Benützung auf der Straße. Die Vorgangsweise für solche Fälle ist im § 33 des Kraftfahrzeuggesetzes geregelt und läßt nicht sehr viel Spielraum übrig. Ich werde aufgrund Ihrer Anfrage versuchen, schrittweise eine unbürokratischere Lösung herbeizuführen. Aber die Fesseln des Bundesgesetzes ermöglichen sehr wenig.

Vielleicht nur einige Beispiele dazu. § 33 Abs. 1: "Änderungen am einzelnen zum Verkehr zugelassenen Fahrzeug einer genehmigten Type, die die Verkehrs- und Betriebssicherheit des Fahrzeuges beeinflussen können, hat der Zulassungsbesitzer des Fahrzeuges unverzüglich dem Landeshauptmann anzuzeigen, in dessen örtlichen Wirkungsbereich das Fahrzeug seinen

dauernden Standort hat. Im § 2: "Betreffen die Änderungen wesentliche technische Merkmale der Type, der das Fahrzeug angehört, so bedarf das geänderte Fahrzeug einer Einzelgenehmigung. Mit dieser Einzelgenehmigung verliert der für das Fahrzeug ausgestellte Typenschein seine Gültigkeit, und es ist dem Landeshauptmann dieser Typenschein abzuliefern."

In den angesprochenen Fällen handelt es sich durchwegs um Fahrwerkstieferlegungen mit höhenverstellbaren Schraubfahrwerken; meist kombiniert mit Änderungen an der Rad- und Reifenkombination. In solchen Fällen werden vielfach zur Prüfung durch den Sachverständigen gem. § 125 Kraftfahrzeuggesetz Gutachten von Deutschen TÜV-Anstalten vorgelegt, die meist unvollständig und nicht nachvollziehbar sind und aus denen nicht hervorgeht, ob diese Umbauten für den Rennsport oder für die Verwendung auf Straßen mit öffentlichem Verkehr bestimmt sind. Weiters wird darauf hingewiesen, daß diese Gutachten der Deutschen TÜV-Anstalten auf Basis des Deutschen Straßenverkehrszulassungsgesetzes erstellt sind und nicht auf Basis der österreichischen Rechtslage oder entsprechenden EU-Richtlinien.

Im Rahmen der Besprechung der Kraftfahrreferenten der Länder am 13. und 14. Oktober vergangenen Jahres wurde auf dieses Thema konkret eingegangen - deswegen wundert mich jetzt der Hinweis, daß es in anderen Ländern lockerer zugehen sollte -, eine einheitliche und strengere Vorgangsweise zu wählen. Da diese Änderungen an den Fahrzeugen einen großen Einfluß auf das Fahrverhalten ausüben, werden auch von den Fahrzeugherstellern keine Freigaben bzw. Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Verwendung dieser Fahrzeuge auf Straßen mit öffentlichem Verkehr erteilt. Aus diesen Gründen - und da diese Fahrzeuge meist von jungen, unerfahrenen Lenkerberechtigten betrieben werden und durch die Tatsache, daß durch das stark veränderte Fahrverhalten eine Gefährdung der Verkehrssicherheit zu erwarten ist - erfolgt eine strenge Prüfung dieser Fahrzeuge unter Einhaltung dieser bundesgesetzlichen Bestimmungen. Zu diesem

Zweck wurde in der Landesprüfstelle in der Flatschacher Straße eine eigene Prüfspur eingerichtet, damit die Sachverständigen solche Fahrzeuge entsprechend prüfen und die vorgelegten Gutachten und die darin enthaltenen Auflagenpunkte schlüssig nachvollziehen können.

Im Rahmen dieser genauen Prüfungen wurde oftmals festgestellt, daß die vorgelegten Gutachten mangelhaft sind und die Umbauten nicht gutachten- und gesetzeskonform durchgeführt werden konnten. Der strengere Maßstab - und das ist, glaube ich, das oberste Prinzip - ist aus Gründen der Verkehrssicherheit unbedingt notwendig. Ich möchte es als Referent nicht verantworten müssen, wenn hier oberflächlich eine solche Einzelgenehmigung ausgestellt wird und es dann zu Verkehrsunfällen oder zur Beeinträchtigung von menschlichen Leben kommt und aufgrund einer mangelhaften Überprüfung dieser Unfall geschehen ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abg. Baumann, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Baumann** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Die Unzulänglichkeiten, die Kollege Eberhard aufgezeigt hat, kann ich absolut bestätigen. Aber es gibt ein Modell, das diese Schwächen absolut ausgeräumt hat und das wird - wie Sie wissen - in Tirol umgesetzt. Dort wurde eine komplette Auslagerung dieser Sondertypisierungen mit dem TÜV-Bayern gemacht.

Meine Frage an Sie: Ist daran gedacht, dieses Ausgliederungsmodell auch in Kärnten umzusetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Hohes Haus! Ich glaube, daß das nicht der richtige Weg ist, jetzt darüber nachzudenken, Ausgliederungen vorzunehmen. Sie wissen, daß das auf der Landesebene Personal kostet. Nachdem wir mit unserer Landesprüfstelle beste Erfahrungen gemacht haben, glaube ich, sollte man es dabei belassen! Wenn jetzt andere Bundesländer andere Wege gehen, dann sollte man sich die Erfahrungswerte einmal anschauen und dann darüber nachdenken, und diskutieren. Im Moment ist in Kärnten keine Veranlassung dazu gegeben! Und was die gesetzlichen Rahmenbedingungen betrifft: Hier gilt das Bundesgesetz. Es so auszulegen - im Interesse vielleicht des Fahrzeughalters -, davon halte ich nichts. Ich habe es im Sinne der Verkehrsteilnehmer, der Menschen, die zu schützen sind, auszulegen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, noch eine Zusatzfrage zu stellen.

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sicherheit muß sicher oberste Priorität haben. Aber, wie gesagt: Es gibt eben das Ausweichen in andere Bundesländer. Das bedingt einen Einnahmefall für das Land Kärnten. Wenn sie in anderen Bundesländern die Genehmigungen erhalten, dann sind sie auch auf den Straßen.

Meine konkrete Frage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Wie hoch ist der Betrag, den das Land Kärnten jährlich für die Sondertypisierungen einnimmt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Bei den von Ihnen angesprochenen Fällen handelt es sich im Verhältnis zum Gesamtaufkommen im Genehmigungswesen um Promillesätze, deren finanzielle Auswirkungen für das Land kaum ins Gewicht fallen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 7. Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 62/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc an Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ohne besondere Einleitung darf ich die konkrete Frage stellen:

Wie schaut der aktuelle Stand in der Frage der Restmüllverwertung in Kärnten aus?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Nach einer EU-weiten Ausschreibung hat die KEV (Kärntner Entsorgungs-, VermittlungsGmbH), als Zusammenschluß aller Kärntner Abfallwirtschaftsverbände, mit der KRV (Kärntner Restmüllverwertung) einen Dienstleistungsvertrag für die Planung, Errichtung, Finanzierung und den Betrieb einer thermischen Abfallbehandlungsanlage mit dem Standort Klagenfurt-Hörtendorf abgeschlossen.

Sie wissen aber, daß die Landespolitik im Februar dieses Jahres am Standort Arnoldstein eine Volksbefragung durchführen hat lassen und daraufhin in der Kärntner Landesregierung einen Beschluß herbeigeführt hat, den Standort für

diese thermische Abfallbehandlungsanlage in Arnoldstein zu situieren.

Nun geht es darum, diesen Vertrag vom Standort Klagenfurt-Hörtendorf auf den Standort Arnoldstein zu überbinden. Im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren hat ein nicht zum Zug gekommener Mitbewerber eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingebracht. Aufgrund dieser Beschwerde hat die Europäische Kommission, konkret die für die Prüfung zuständige Generaldirektion 15, nach Prüfung des Vergabeverfahrens ein Mahnschreiben an die Republik Österreich angekündigt, das noch nicht in unseren Händen ist. Die KEV hat nach Erhalt dieses Mahnschreibens die Möglichkeit, innerhalb einer bestimmten Frist zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen.

Nach Erhalt dieser Stellungnahme wird die Europäische Kommission über die weitere Vorgangsweise entscheiden. Dabei sind zwei Szenarien möglich.

Folgt man den Ausführungen der KEV, wird das Verfahren eingestellt. Reicht diese Stellungnahme nicht aus, kommt es zu einer weiteren Stellungnahme der Kommission, nämlich zu einer begründeten Stellungnahme. In weiterer Folge kann es zu einer Vorlage beim EUGH kommen.

Nun wissen Sie aus der Rechtsprechung der jüngsten Vergangenheit, daß in der Causa St. Pölten der EUGH die von uns befürchtete Rückabwicklung nicht in seinen Gerichtsspruch hineingenommen, sondern lediglich die Aufforderung an die Republik Österreich ausgesprochen hat, das Vergabegesetz zu ändern. Wenn man das berücksichtigt, ist die Vorgangsweise, den Vertrag auf den Standort Arnoldstein zu überbinden und die KRV mit der Errichtung dieser Anlage zu betrauen, das geringere Risiko gegenüber einer Neuausschreibung am Standort Arnoldstein. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Gallo hat sich gemeldet. Ich ersuche ihn, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller, welche rechtlich nachvollziehbare Begründung gibt es dafür, vom Land Kärnten - in irgendeiner Form - eine Haftung in Sachen Müllverbrennung einzufordern, wie das verschiedentlich getan wird?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich habe zweimal das Kollegium der Kärntner Landesregierung mit diesen Forderungen oder Wünschen konfrontiert. Es hat dafür keine Zustimmung gegeben. Es gibt jetzt weitere Verhandlungen. Wie mir bekannt ist, wird auch der Herr Landeshauptmann mit den zuständigen Verantwortlichen der KEV demnächst ein Gespräch führen. Wir hoffen, daß es gelingt, diese Haftungsfrage im Einvernehmen mit der KRV zu lösen, so daß dem Land keine Haftung übertragen werden kann bzw. soll. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, sehen Sie die Chance, daß aufgrund der Bundesvorgaben unser Problem bis 2004 tatsächlich gelöst ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Die Zeit drängt; das gebe ich zu. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Tagen dazu kommen werden, eine endgültige Lösung im Hinblick auf die Überbindung zustande zu bringen, so daß noch im heurigen Jahr zumindestens mit dem

Umweltverträglichkeitsverfahren am Standort Arnoldstein begonnen werden kann.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß wir bis zum 31. 12. 2003, das heißt bis zum 1. 1. 2004 - dann ist die Frist zu Ende -, fertig werden. Aber ich nehme an, daß wenn die Anlage in ihrer Fertigstellung schon sehr weitreichend fortgeschritten ist, es zu einer möglichen Fristverlängerung für eine Deponierung des Kärntner Mülls auf den vorhandenen Deponien in Kärnten kommen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Wir kommen zur 8. Anfrage:

8. Ldtgs.Zl. 63/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Hinterleitner an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann Haider, es hat ein Konzept für die Einstellung von Lehrlingen im öffentlichen Dienst gegeben. Nach welchen Kriterien wurde bei der Neueinstellung von Lehrlingen im Bereich der Landesregierung vorgegangen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben zuerst Gespräche mit der Wirtschaftsvertretung geführt, die uns ermuntert hat, wir sollten uns darauf konzentrieren, Lehrlinge im Landesdienst aufzunehmen, die möglicherweise Probleme haben, in der Wirtschaft vermittelt werden zu können. Daher sind wir davon ausgegangen, daß es dort, wo es schulische Schwächen gibt, wo es Schwächen im Ausbildungsbereich gegeben hat, Lehrlinge bei uns aufzunehmen bzw. dort, wo es auch um soziale Härtefälle gegangen ist. Dabei geht es vor allem um Kinder von Alleinerhalte-

rinnen, die oft große Probleme haben, ihre Kinder unterzubringen.

Nach diesen Gesichtspunkten ist vorgegangen worden. Es gab hierbei ein Zusammenwirken der Landesamtsdirektion, der Abteilung 6 (Schule) und des Landeshauptmann-Büros.

Von einer Objektivierung im klassischen Sinne des Objektivierungsgesetzes wurde Abstand genommen, weil damit sonst automatisch der Anspruch auf Übernahme in den Landesdienst nach Absolvierung der Ausbildung entstanden wäre. Das wollen wir - ganz bewußt! - nicht tun, weil wir gesagt haben: "Wir bieten jetzt, wo am Lehrstellenmarkt Probleme entstehen, jungen Menschen die Möglichkeit, nach langer Zeit wieder einmal im Landesdienst aufgenommen zu werden: in den verschiedensten Bereichen wie handwerklicher Bereich, Verwaltungsbereich, Bürobereich usw." Es entsteht damit aber nicht ein Übernahmeanspruch, weil wir dafür keine Dienstposten vorsehen können. Das ist die Vorgangsweise gewesen.

Insgesamt, möchte ich sagen, hat diese Aktion gemeinsam mit dem, was wir auch in der Landesregierung an neuer Lehrlingsförderung zur Unterstützung etwa der Berufsschulkosten gemacht haben, dazu geführt, daß Kärnten heuer jenes Bundesland ist, das die besten Lehrstellenziffern hat. Wir haben derzeit (im Monat Oktober) etwa 368 offene Lehrstellen; denen stehen rund 460 Lehrstellensuchende gegenüber. Das ist eine sehr, sehr positive Entwicklung - wenn man weiß, daß wir noch vor dem Sommer mit weit über 1.000 in der Diskrepanz gewesen sind. Nach der jüngsten Statistik der Arbeitsmarktverwaltung und des Arbeitsmarktservices ist österreichweit eine Stellenandrangsziffer von 1,9 ausgewiesen, das heißt 1,9 Lehrlinge bewerben sich um einen Lehrplatz. Bei uns ist die Stellenandrangsziffer 1,2! Wir liegen somit viel besser, also weit unter dem österreichischen Durchschnitt, so daß die Maßnahmen, die wir in Summe gesetzt haben, um unsere Versprechen zu erfüllen - daß vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten massiv bekämpft werden muß! -, bisher mit einem riesigen Erfolg betrieben werden konnten! *(Starker Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Abgeordneter Scheider hat sich gemeldet. Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Im Zuge dieser vorbildlichen Aktion wurde auch beeinträchtigten Menschen die Chance eingeräumt, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Gerade beeinträchtigte Menschen sind es, die in der Privatwirtschaft noch schwerer Fuß fassen können als andere. Es gibt aber Erfahrungen, die zeigen, daß gerade beeinträchtigte Menschen - wenn sie richtig eingesetzt sind - aufgrund ihrer Anstrengungen eine sehr wertvolle Arbeitskraft darstellen.

Ich möchte daher die Frage stellen: Wieviel von den beeinträchtigten Bewerbern, die sich letztlich um diese Aufnahme beworben haben, haben eine Absage bekommen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Insgesamt haben sich 146 Lehrlinge und Jugendliche um eine Lehrstelle im Landesdienst, nach unserer entsprechenden Kundmachung, beworben. 44 haben wir bisher aufgenommen. Von jenen, die sich als "Behinderte" ausgewiesen haben - und nur von denen kann ich sprechen, weil sie sich selbst als "behindert" im Sinne der entsprechenden gesetzlichen Qualifikation oder der ärztlichen Atteste ausgewiesen haben -, sind, mit Ausnahme eines einzigen Falles, alle aufgenommen worden.

Es ist sehr wichtig, auch hier anzumerken, daß kein Behinderter sozusagen vor verschlossenen Türen gestanden ist, sondern wir haben alle aufgenommen - mit einer einzigen Ausnahme: im Bezirk Hermagor. Bei der Bezirkshauptmannschaft Hermagor wollten wir auch einen zusätzlichen Arbeitsplatz und Lehrplatz für einen Behinderten einrichten. Es ist aber aufgrund der baulichen Situation in der BH Hermagor nicht möglich, rasch eine behindertengerechte Arbeit einzurichten, weil

die Überwindung von Stockwerken im Brandfalle nicht gewährleistet ist, so daß der junge Mensch nicht rechtzeitig herauskommt. Daher hat man eine Absage erteilen müssen. Wir bemühen uns, daß wir das in der BH Hermagor bis zum nächsten Jahr klären, damit das auch dort kein Hindernis mehr ist. - Ja, das war es eigentlich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Ich erteile Abgeordneten Schlagholz das Wort!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Eine Zielgruppe haben Sie soeben definiert: Leute, die am Arbeitsmarkt Probleme haben; junge Leute, die es schwer haben, im Lande eine Lehrlingsausbildung zu finden. Sie haben auch die Erwerbsgeminderten (die Behinderten) angesprochen. Haben Sie beim Requirieren dieses Personenkreises auch jene Personen berücksichtigt, die in der Behindertenkartei des Landes Kärnten aufscheinen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Personen, die in der Behindertenkartei aufscheinen, sind fast ausschließlich Personen, die sich nicht mehr einer Lehrausbildung zu unterziehen haben, so daß sie nicht in diesen Bereich hineinfließen. Wir sind aber gegenüber allen Informationen sehr offen gewesen, sage ich ganz klar -auch gegenüber allen Interventionen, etwa auch von Regierungskollegen, die an uns den einen oder anderen Fall herangetragen haben.

Ich glaube, daß es gut und richtig war, daß man versucht hat, jenen, die es besonders schwer haben, zu helfen! Aus Ihrer Fraktion ist beispielsweise das Anliegen gekommen, einen jungen Menschen zu berücksichtigen, der eine schwere Herzoperation hinter sich hat und der wegen seiner medizinischen Betreuung nicht in der Lage ist, aufgrund des Arbeitsablaufes in

einem Betrieb in der Wirtschaft tätig zu sein, aber durchaus bei einer Koordinierung seiner Ausbildung bei uns das machen kann. Dieser junge Mensch ist sehr zufrieden und macht das exzellent. Oder bei mir im Büro ist ein Mädchen, das seit Geburt an einem schweren Herzfehler laboriert und überall von der Wirtschaft seit Jahren abgelehnt worden ist, weil niemand das Risiko eingehen will, daß dieses Kind plötzlich irgendein Problem während der Ausbildung bekommt, weil ja nicht immer jemand aufpassen kann. Ich kann sagen: Bei uns ist sie nicht nur bestens aufgenommen, sondern sie leistet auch ganze Arbeit. Sie hat sich mit einer derartigen Akribie in die Arbeit hineingekniet, daß sie heute schon eine vollwertige Mitarbeiterin ist. Und alle sind ganz begeistert von ihr! Für sie hat sich damit eine neue berufliche Zukunft eröffnet.

Nach diesen Gesichtspunkten sind wir vorgegangen. Es mag sein, daß der eine oder andere seinen Wunsch nicht erfüllt gesehen hat. In Zukunft - wenn wir das im nächsten Jahr fortsetzen sollten - sollten wir das in einem offenen Verhältnis diskutieren! Ich habe auch immer die Listen zur Einsicht aufgelegt und jedem gesagt, daß er sich das anschauen soll. Wenn einer glaubt, daß jemand zu Unrecht aufgenommen wird, dann kann man auch darüber reden. Aber es waren eigentlich alles Konsensfälle. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage. Ich bitte ihn, sie zu stellen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Keine Zusatzfrage! Die Zusatzfragen wurden gestellt, und die Anfrage war ausführlich beantwortet.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! - Wir kommen zur 9. Anfrage:

9. Ldtgs.Zl. 64/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Wurmitzer**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat Wurmitzer! Die Getränkesteuer ist ein Dauerbrenner. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist erst für das kommende Jahr zu erwarten. Aufgrund dessen hat der Kärntner Gemeindebund im Sommer dieses Jahres alle Gemeinden angeschrieben und einen Entwurf für eine Verordnung, die eine Zweckbindung der Mittel aus der Getränkeabgabe beinhaltet, den Gemeinden zur Verfügung gestellt und angeregt.

Ein Schreiben (*Abg. Hinterleitner: Pfui Teufel!*) - bitte?! - von der Gemeindeabteilung (Abteilung 3) vom 15. 10. 1999 nimmt auf dieses Schreiben des Gemeindebundes Bezug. Darin wird eine Zweckbindung des Abgabenertrages empfohlen.

In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen - das werde ich wörtlich zitieren: Es darf auf die Vorgabe des § 12 Finanzverfassungsgesetz, über die Zwecke für die Gewährung von Bedarfszuweisungen verwiesen werden, wonach die Gewährung von Bedarfszuweisungen dann nicht in Betracht kommen kann, wenn die Gemeinden ihre eigenen Einnahmemöglichkeiten nicht vollständig ausschöpfen. Das heißt, es muß auch die Getränkeabgabe eingehoben werden. Ich glaube, ich sage ja nichts Neues, daß das für die Gemeinden zur Zeit mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Aber meine Anfrage an dich ist jetzt: Ist der Bestand der Getränkeabgabe gesichert, wenn die Gemeinden eine Zweckbindung eines Abgabenertrages verordnen?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schwager! Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwager. Ich muß schon auch den Bürgermeister ansprechen. (*Abg. Hinterleitner: Er ist ein bißchen befangen in der*

Anfrage!) Wenn es so wäre, wie es der Fragesteller hier formuliert, dann wäre es ganz einfach, dann bräuchten die Gemeinden nur eine entsprechende Verordnung. Die Schließ- und die Getränkeabgabe wäre gesichert. Ich bin überzeugt, alle 132 Gemeinden Kärntens würden eine derartige Verordnung beschließen.

Gesichert ist die Getränkeabgabe nur durch ein Bundesgesetz der Republik Österreich und dieses Bundesgesetz wird auf seine EU-Tauglichkeit oder EU-Verträglichkeit derzeit vom Europäischen Gerichtshof geprüft. Das heißt, lediglich von dieser Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes wird es abhängen, ob in Zukunft eine Getränkesteuer noch bestehen darf und in welcher Form. Es heißt, es gibt verschiedene Möglichkeiten, daß nur ein Teil aufgehoben wird, daß es gänzlich aufgehoben wird oder daß jener Teil, der auf die Arbeitsleistung - das heißt, auf den Endpreis verrechnet wird - aufgehoben wird. Es sind verschiedene Spielarten möglich. Aber der Bestand an und für sich kann nur durch bundesgesetzliche Vorschriften gesichert werden, so sie EU-konform sind - zum ersten.

Zum zweiten: Du hast natürlich mit deiner Frage Recht. Was soll dann eine Verordnung der Gemeinde? Die Verordnung der Gemeinde soll bewirken, daß die Gemeinden nicht zu einer rückwirkenden Rückzahlung veranlaßt werden können. Hier ist ein ganz entscheidender Punkt festzustellen, daß nur bis zur Erlassung des Urteiles des Europäischen Gerichtshofes nationale Maßnahmen auf der Gemeinde- und Landesebene möglich sind. Deswegen habe ich schon im Sommer einen Entwurf für eine Änderung der Landesabgabenordnung eingebracht, um die Gemeinden vor einer rückwirkenden Rückzahlung zu bewahren, denn diese würde die Gemeinden vor ungeahnte Probleme stellen. Und das brauch ich dir als Bürgermeister nicht sagen, du kannst das am Beispiel deiner eigenen Gemeinde ausrechnen, was das bedeuten würde. Bis jetzt wurde dieser Gesetzentwurf nicht unterschrieben vom Herrn Landeshauptmann und daher ist er auch nicht in der Begutachtung. Gestern - so wurde mir berichtet - hat es im Finanzausschuß eine entsprechende Einigung der Fraktionen gegeben, daß man hier überlegt, doch eine Änderung

herbeizuführen, um die rückwirkende Rückzahlung nicht eintreten zu lassen.

Und noch etwas darf ich hinzufügen: Daß ich jetzt eigentlich schwer verstehe, daß gerade die Gastronomie heute diejenige Berufsgruppe ist, die massiv auf die Aufhebung der Getränkesteuer drängt. Das verstehe ich aus den Gründen des Betriebes sehr wohl. Ich muß aber die zweite Seite auch sehen, daß die Gemeinden mit den Einnahmen aus der Getränkesteuer ganz entscheidend die touristische Infrastruktur finanzieren. Angefangen von den Wanderwegen, bis zu den Loipen, bis zu den Schiliften, bis zu den Bädern, wird sehr viel davon finanziert. Wenn die Gemeinden die Fähigkeit verlieren, diese touristische Infrastruktur zu finanzieren, dann verliert der Tourismus in Kärnten einen wichtigen Träger. Das heißt, wir sind - ob wir es wollen oder nicht - die Tourismusbetriebe und die Gemeinden im gleichen Boot, schlußendlich wenn man das will. Und daher würde ich schon ersuchen - und das ist auch meine Einstellung - daß, solange das Gesetz besteht, die Abgabe geleistet wird. Alles andere ist eben nicht dem Gesetz entsprechend. Ich weiß, daß es derzeit Probleme gibt, auch bei der Festlegung, daß sich sogar der Verwaltungsgerichtshof auf die europäische Entscheidung verlegt. Daß heißt, keine Vorentscheidungen trifft und daß wir - ich möchte fast sagen - derzeit eine schwierige Situation für die Gemeinden haben.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Präsident Ferlitsch, bitte!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Herr Landesrat! Wir wissen alle, wenn es zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Getränkesteuer kommt, so würde es den Gemeinden rund 2 Milliarden Schillinge kosten; pro Jahr rund 500 Millionen Schillinge.

Ich frage Sie daher: Wenn jetzt dieser Gesetzesentwurf der K-LAGO in die Rechts-, und

Verfassungsausschußsitzung kommt, werden Sie dafür eintreten, daß dieser Beschluß auch gefaßt wird, nachdem es ja so ist, daß bereits zahlreiche Gemeinden diese Abgabenverordnung geändert haben?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident des Gemeindegewerks und Landtagspräsident! Natürlich möchte ich die Unterstützung des Hauses haben, um Maßnahmen legislativer Art setzen zu können, damit eine rückwirkende Rückzahlung nicht eintritt. (*Abg. Ing. Rohr: Bitte bei der ÖVP, dazu zu werben! Unruhe im Hause.*) Herr Kollege Rohr, ich werbe ja um alle Stimmen dieses Hauses. Denn wir können das nur gemeinsam machen. Es ist aber bekannt, daß natürlich unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema bestehen. Auch wenn der Herr Präsident den Landesrat fragt, was er sich legislativ wünscht, dann muß ich ihm sagen, ich wünsche mir eine legislative Maßnahme, die die rückwirkende Rückzahlung für die Gemeinden unterbindet. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. (*Es wird unter den Abgeordneten in den Bänken diskutiert. Es herrscht Unruhe im Hause.*) Der Anfrager hat noch eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Die Rückzahlung ... (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Die Rückzahlung der eingehobenen Abgaben. Das ist ja überhaupt der springende Punkt bei der ganzen Angelegenheit. Die Gemeinden sind ja verpflichtet - deshalb habe ich das früher verlesen - der Gesetzgeber verpflichtet ja die Gemeinden zur Einhebung dieser Abgabe. Wenn jetzt die Rückzahlung notwendig sein sollte, ist meine Rechtsauffassung, dann sollen nicht die Gemeinden das zurückzahlen, sondern der, der die Gemeinden per Gesetz dazu beauftragt hat.

Und meine Frage an dich, Herr Gemeindereferent ist: Teilst du diese Meinung mit mir?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Das ist natürlich eine schwierige Frage, Herr Kollege Schwager. Generell muß man trennen. Natürlich ist im Finanzausgleichsgesetz festgelegt, daß die Gemeinde ihr eigenes Abgabenaufkommen auszuschöpfen hat, daß sie also keine Steuergeschenke machen darf, wenn sie nicht der Bedarfszuweisungen verlustig gehen möchte. Das heißt, dieser Auftrag ist da.

Zum zweiten: Wenn es eine Rückzahlungsverpflichtung geben sollte, dann wird diese Rückzahlungsverpflichtung natürlich an denjenigen gehen, der die Abgaben eingenommen hat und nicht an einen anderen, der die Gemeinde zur Einhebung dieser Abgaben verpflichtet hat. Eines sage ich schon: Wenn es zu einer rückwirkenden Rückzahlungsverpflichtung kommt, dann droht den Finanzen der Gemeinden eine Katastrophe. Das ist ein Ausmaß, das nicht tragbar sein wird. Das heißt, ich bin überzeugt davon, daß es dann eine Hilfestellung von seiten der Republik bzw. auch des Landes geben muß, weil die Gemeinden aus eigener Kraft garnicht in der Lage sind - auch wenn sie wollten - diese Abgabe rückzuerstatten.

Und daher ersuche ich um Maßnahmen, auch legislatischer Art, die zumindest die rückwirkende Rückzahlung ausschalten bzw. nach dem Rechtszustand verhindern. Das ist mein Begehren an dieses Haus als Legislative des Landes. (*Abg. Hinterleitner: Das wird schwierig!*) Daß es nicht leicht ist, Herr Kollege Hinterleitner, ist mir bewußt. Ich sehe meine Aufgabe aber auch darin, die Lebensfähigkeit und vor allem die finanzielle Fähigkeit der Gemeinden entsprechend zu wahren. Als deren Anwalt hier in diesem Haus - und ich habe mir schon viel Gemeinden angeschaut und kenne die Budgets relativ genau und weiß, in welchen Problemen die Gemeinden Kärntens stehen - aber nicht nur diejenigen Kärntens, sondern die Österreichs.

Und dann kommt noch etwas dazu. Daß die Getränkeabgabe, auch wenn man sie heute öf-

fentlich oft verdammt, auf etwas sehr genau Rücksicht nimmt. Nämlich auf die touristische Intensität, sie ist nämlich eine Abgabe, die die touristische Intensität widerspiegelt. In jenen Gemeinden, in denen hohe Tourismusintensität herrscht, ist die Getränkeabgabe hoch. Ich darf das sagen. Spitzenreiter in Kärnten - und die Zahlen kann man ohne weiteres einmal hier nennen - Spitzenreiter bei der Getränkeabgabe ist die Gemeinde Weißensee, welche eine Kopfquote von 3.293,- pro Kopf einhebt. Der Landesdurchschnitt ist 842,- Schilling pro Kopf. - Entschuldigung, ich habe eine falsche Zahl gelesen; 4.555,- ist die Kopfquote in Weißensee; 4.219,- in Bad Kleinkirchheim; 3.112,- in Heiligenblut; 2.700,- in Maria Wörth und gerundet 2.590,- Schilling in Pörschach; 2.365,- in Ossiach; 2.009,- in Mallnitz; 1.952,- in St. Kanzian; 1.587,- in Velden; 1.477,- in Hermagor/Presseggersee. Das sind die Top-Ten unter den Getränkesteuerbeziehern. Der Landesschnitt ist 842,- Schilling. Das heißt, dazwischen und darunter - es gibt auch Industriegemeinden die deutlich darunter sind - bewegt sich diese Abgabe.

Aber man sieht, daß sie eindeutig auf die Tourismuszonen - und das sind alles touristische Intensivgebiete - festgelegt ist und daher der Zusammenhang - und wird es schwierig sein, sollte sie aufgehoben werden - Parameter zu finden, um eine gerechte Zuteilung nach der Tourismusintensität zu finden. Das wird das Problem sein. Denn die Nächtigungsabgabe allein oder der Nächtigungszahler allein ist zu wenig. Ich muß andere Meßgrößen miteinfließen lassen, um eine gerechte Abgeltung zu finden. Ich mache nur noch aufmerksam, daß uns das ein Problem schaffen könnte, an dem wir noch schwer arbeiten werden. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen zur 10. Anfrage

10. Ldtgs.Zl. 65/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landesrat Unterrieder

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Die Krankenanstalten sind in einem Umbruch begriffen, die sie vorsorglich dahin auflisten läßt, daß die Spitäler sowohl in der Grundversorgung weitere spezielle Aufgaben wahrnehmen müssen.

Meine Frage ist dahingehend, vor allem auf das Spital Wolfsberg mit der Lymphklinik gerichtet. Welche Ergebnisse hat die Verhandlung mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger bezugnehmend auf die Errichtung der Lymphklinik in Wolfsberg erbracht?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Krankenanstalten sind nicht im Umbruch, sondern wir sind dabei, die Krankenanstalten in verschiedenen Bereichen zu ordnen; neue Investitionen zu tätigen, damit die Krankenanstalten in unserem Lande moderner werden und vor allem, schauen wir, daß es in den Krankenanstalten - ob jetzt Landeskrankenanstalten oder konfessionelle - nicht Doppelgleisigkeiten sind. Das ist das, was wir jetzt in einer neuen Struktur verändern wollen.

Zu Ihrer Frage zurückkommend, Herr Abgeordneter. Dieses Thema Lymphklinik ist ja schon ein sehr lang diskutiertes Thema. Beginnend von den ursprünglichen Intentionen, gemeinsam mit Professor Földi, außerhalb des Krankenhauses Wolfsberg eine solche Lymphklinik zu errichten. Das ist nicht gelungen, in dieser Form. Ich habe nach meinem Vorgänger, der schon etwas in diese Richtung begonnen hat, auf jeden Fall jetzt Schwerpunktsetzung dahingehend getroffen, nachdem ich im Krankenhaus Wolfsberg größtes Interesse daran habe, daß die Menschen dort weiterhin einer Beschäftigung nachgehen können und wir keine Leute heimschicken wollen. Das wurde auch vom Herrn Landeshauptmann anlässlich seines Besuches im Landeskrankenhaus Wolfsberg sehr klar und deutlich deponiert gegenüber den

dort Beschäftigten und auch gegenüber dem Betriebsrat. Aus dem Grund die Intention, dieses Pilotprojekt der Lymphologie in Gesprächen mit Oberarzt Dr. Döllner - und das war ja nicht selbstverständlich, daß die Bereitschaft gegeben ist, das in dieser Form zu machen - auf jeden Fall in die Richtung des Landeskrankenhauses zu bringen. Mit einem Pilotprojekt von 10 Akut- und 10 Rehab-Betten. Das ist die Ausgangsbasis gewesen. Wir hatten jetzt die zweite Runde - auch das war wieder Thema am Montag beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die zweite Runde im Zusammenhang mit der Lymphologie eben auszuverhandeln. Es geht hier darum und es war ja auch erforderlich, daß die ÖBIG ihre Studie abgibt, inwieweit hier ein solches Pilotprojekt als sinnvoll angesehen wird.

Es gibt in Österreich kein einziges solches Projekt, wo diese Kombination "Akut" und "Rehab" auf der gleichen Ebene stattfindet. Es ist für den Patienten ein unheimlicher Vorteil, weil er dort, wo er auch medizinisch oder operativ behandelt wird, sofort auch die nachträgliche Behandlung mit den Lymphbandagen usw. zur Verfügung hat.

Was jetzt noch offen ist: Es gibt die Sitzungen im Hauptverband, am 25. November und am 13. Dezember, wo man dieses Thema Lymphologie in Wolfsberg endgültig abhandeln wird. Die Gespräche finden ständig statt und ich bin sehr optimistisch, daß wir hier die Zustimmung bekommen, nachdem die ÖBIG sich positiv zu diesem Pilotmodell geäußert hat. Es hat auch das Sozialministerium seine Bereitschaft bekundet mitzuhelfen. Nachdem es sehr wichtig ist, daß in dieser Pilotphase für zwei Jahre mit 20 Betten begleitend eine wissenschaftliche Dokumentation durchgeführt wird, damit wir die Entwicklung in diesem Bereich genau kennen, hat sich das Sozialministerium bereit erklärt, die Kosten zu übernehmen. Das ist einmal sehr wichtig.

Ich habe auch vor kurzem das Direktorium des Krankenhauses Wolfsberg gemeinsam mit der Betriebsvertretung bei mir eingeladen, und wir haben uns gemeinsam dazu bekannt, daß wir alle in einem Boot sitzen und alle das gleiche wollen. Das ist nämlich auch nicht immer leicht und selbstverständlich. Aus diesem Grunde bin ich sehr optimistisch, daß wir doch vielleicht mit

Beginn des nächsten Jahres dieses Pilotprojekt Lymphologie in Wolfsberg realisieren werden. Hier geht es am Anfang um 17 Arbeitsplätze, die da entstehen könnten. Arbeitsplätze, die aus den vorhandenen personellen Ressourcen, soweit es möglich ist, besetzt werden sollen. Wenn erforderlich, müssen natürlich auch die fachlichen Ausbildungen erfolgen. Das ist einmal sehr wichtig, daß wir in diese Richtung hin positiv unterwegs sind.

Zu den Tagessätzen für die Behandlung möchte ich sagen, hier geht es auch wieder darum: Wieviel kriegen wir? Wieviel wollen wir? Wird das mit den Versicherungsanstalten vom Hauptverband - deswegen dauert das seine Zeit - abgehandelt? Wobei ich bei den Sätzen gesagt habe, ich möchte um 100 Schilling mehr oder weniger nicht hin- und herstreiten. Der Kärntner Landtag hat sich einhellig für dieses Pilotprojekt Lymphologie Wolfsberg ausgesprochen. Es gibt genug Anträge, einstimmige Beschlüsse. Und wenn in dieser Übergangsphase ein paar Millionen Schilling, die unter Umständen als Abgang entstehen könnten, erforderlich sind - denn ich will den Einstieg in diese neue Schiene schaffen - dann werde ich auch an den Landtag um eine Unterstützung herantreten. Das möchte ich hier auch noch deponieren, damit man dann nicht entgeistert ist. Denn am Anfang mit 10 Akut- und 10 Rehab-Betten ist das noch kein Geschäft - wir haben das ganze Projekt ja durchgerechnet - sondern es wird zusätzlich noch etwas kosten. Wenn man das im Krankenanstaltenbereich aufbringen kann, wird das aufzubringen sein. Wenn es nicht möglich ist, werde ich auf jeden Fall in dieser Angelegenheit hier wieder vorstellig werden. Wenn sich das dann auf 30 Akut- und 30 Rehab-Betten entwickelt, was ich annehme, und die Experten sind auch dieser Meinung, dann kommen wir in die Pluszone und dann haben wir in Wolfsberg eine ganz neue Schiene, die wir österreichweit anbieten können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Schlagholz, ich bitte Sie, Ihre Frage zu stellen.

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landesrat! Ihren Ausführungen folgend scheint man eigentlich schon in der Umsetzungsphase zu sein. Ich frage Sie daher:

Ist Ihnen bekannt, ob vor Ort vom zuständigen Direktorium in organisatorischer, in räumlicher Hinsicht - infrastrukturell - bereits Vorkehrungen getroffen sind, um die Betreuung dieses Patienten Klientels dann auch tatsächlich durchführen zu können?

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist gut, daß Sie diese Frage stellen. Das war die Grundlage unseres Gespräches mit dem Direktorium in meinem Büro. Es war ja nicht eitel Wonne, Sonnenschein, von seiten des Direktoriums, denn es ist ja eine Maßnahme, die etwas kostet. Am Beginn und in einer Zeit, wo man sehr stark angehalten ist, Sparmaßnahmen zu setzen und große Schwierigkeiten hat, diese Maßnahmen auch durchzusetzen, hat man nicht die große Bereitschaft vorgefunden. Aber jetzt haben wir uns vereinbart und das ist ausdiskutiert, daß alle im Direktorium Anwesenden und alle, die sich mit diesem Bereich zu beschäftigen haben, in die gleiche Richtung gehen. Natürlich, wenn wir grünes Licht haben, sind die Maßnahmen im Hause selbst, um die Errichtung dieses Pilotprojektes von den räumlichen Voraussetzungen her sicherzustellen, dann auch zu setzen. Das werden wir dann sehen. Da muß ich noch die Vorschläge vom Direktorium abwarten, sodaß wir das ganze dann auch realisieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gibt es seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Dann hat der Antragsteller die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Ich bitte sie zu stellen.

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Ich danke recht herzlich für die Auskunft. Ich brauche keine Zusatzfrage zu stellen. Es war reichlich Information vorhanden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist die Fragestunde zu Ende. Es sind einige Fragen nicht zur Aufrufung gekommen. Ich frage die jeweiligen Antragsteller, ob die Frage mündlich oder schriftlich beantwortet werden soll.

11. Ldtgs.Zl. 66/M/28:
Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landesrat Unterrieder

(*Abg. Warmuth: mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

12. Ldtgs.Zl. 67/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landesrat Unterrieder

(*Abg. Dr.Strutz: mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

13. Ldtgs.Zl. 68/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Landesrat Wurmitzer

(*Abg. Ing. Rohr: mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

14. Ldtgs.Zl. 69/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Dr.Wutte an Landeshauptmann Dr. Haider

(*Abg. Dr.Wutte: mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

15. Ldtgs.Zl. 70/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Landesrat Unterrieder

(*Abg. Ing. Eberhard: mündlich bitte!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

16. Ldtgs.Zl. 71/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Hinterleitner an Landesrat Unterrieder

(*Abg. Hinterleitner: mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

17. Ldtgs.Zl. 72/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Ramsbacher an Landeshauptmann Dr. Haider

(*Abg. Ramsbacher: mündlich bitte!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

18. Ldtgs.Zl. 73/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller

(*Abg.Dipl.-Ing. Gallo: mündlich in der nächsten Sitzung!!*) Mündlich in der nächsten Sitzung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren. Wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegen entsprechende Anträge aller drei Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: "Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik in Kärnten". Ich ersuche den ersten Redner des Antragstellers das Wort zu ergreifen.

Es hat sich Klubobmann Dr. Strutz gemeldet. Ich ersuche ihn, zu sprechen.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Gesundheitspolitik in Kärnten ist eine der zentralen Herausforderungen, der sich die Landespolitik in den nächsten Wochen und Monaten stellen muß. Einerseits stehen wir unter einem enormen zeitlichen Druck, da wichtige bundespolitische Entscheidungen anstehen, die unmittelbare Auswirkungen auf Kärnten haben. Ich verweise nur darauf, daß im Jahre 2000 das LKF-System ausläuft, das LKF-System, das die finanzielle Abrechnung regelt, und entgegen den Erwartungen - wir haben immer darauf hingewiesen - es zu keiner finanziellen Verbesserung gekommen ist, im Gegenteil zu einer Verschärfung der Situation. Es läuft der österreichische Krankenanstaltenplan mit dem Jahr 2000 aus und wie die bundesgesetzlichen Regelungen es vorschreiben, haben wir die Möglichkeit, bei der Erstellung unsere Mitsprache zu gewährleisten. Wir haben einen Kärntner Krankenanstaltenplan zu erstellen, um auch hier unsere Mitsprachemöglichkeit rechtzeitig wahrzunehmen.

Andererseits, Hoher Landtag, hat eine Bestandsaufnahme der medizinischen Versorgung in Kärnten und die daraus abgeleiteten Konsequenzen für eine große Verunsicherung bei den Beschäftigten bei den Patienten aber auch in der Bevölkerung insgesamt gesorgt. Ich verweise nur auf die aktuelle Situation am LKH Wolfsberg, wo infolge von falschen Planungsvorgaben eine große Verunsicherung bei den beschäftigten Patienten in der Region entstanden ist, die wir hier und vor Ort von seiten der Parteien korrigieren mußten. Ich

verweise auf die Rechnungshofberichte zu den Investitionsvorhaben und Bauten, die Millionen verschlungen haben, die kritisiert wurden. Ich verweise auf den Rechnungshofbericht, der die unterschiedlichsten EDV-Systeme kritisiert hat. Ich verweise auf die Studie von Univ.Prof. Dr. Mandl, der eine Analyse der Gesamtsituation der KAB einschließlich der Budgetsituation vorgenommen hat. Das Ergebnis dieser Analysen ist, wie wir wissen, katastrophal. Wir haben Schwächen in Bereichen des Rechnungswesens, des Controllings, der budgetären Planungen, wir haben keine anstaltenübergreifende Koordination, mangelhafte Unternehmenssteuerung, fehlende Steuerungsinstrumente, wir haben keine Zielplanung in Kärnten. Wohin soll die Reise gehen?

Die neue Führung der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft hat erkannt, daß Sofortmaßnahmen notwendig sind, um das Gesundheitssystem in Kärnten nicht zu gefährden. Was hat die KAB gemacht? Sie hat eine neuerliche Studie in Auftrag gegeben, eine Studie die 2,3 Millionen Schilling gekostet hat. Das Institut für Funktionsanalyse Kopenhagen, die Gebrüder Lofert, wurden beauftragt, eine Umfeldplanung des Gesundheitswesens in Kärnten vorzunehmen. Auf den Vorhalt, warum schon wieder eine millionenteure Studie gemacht werden muß, das Geld hätte ja beispielsweise auch für personelle Aufstockungen oder für die Verlängerung der befristeten Verträge - aktuell LKH Wolfsberg - verwendet werden können, meint der Vorstand, da geht es um die Erstellung eines Masterplanes, den in Kärnten niemand erstellen kann. Da sind Milliarden im Spiel, Fachleute sind in der Lage, langfristige Pläne zu erstellen. Dieser Plan, dieser Masterplan, die Umfeldstudie liegt jetzt vor, Kosten 2,3 Millionen Schilling, war bereits im Vorfeld sehr umstritten. Es hat danach eine Aussprache mit den betroffenen Krankenanstalten über die Ergebnisse dieser Studie gegeben, mit jenem Ergebnis, daß man vor wenigen Tagen so auseinanderggegangen ist, daß diese Studie verworfen wird, in den Mistkübel wandern muß, da die falschen Daten erhoben wurden.

Hoher Landtag, eine Studie, 2,3 Millionen Schilling, und das Ergebnis ist, man hat die falschen Daten erhoben, zurück zum Start.

Von den Parteien wurden die unterschiedlichsten Vorstellungen zu einer Reform des Gesundheitswesens abgegeben. Die radikalste kam sicherlich von seiten der ÖVP mit der Auflösung der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft (*Vors.: Redezeit beachten!*) und der Schaffung einer eigenen Holding "Gesundes Kärnten". Wir haben unterschiedliche Zielsetzungen Kollege Wutte. Wir werden bei einer Zerschlagung der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft nicht mitmachen. Wir sind für eine Weiterentwicklung des KAB-Gesetzes. (*Vors.: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter.*) Herr Präsident, gestatten Sie mir noch zwei Sätze. (*Vors.: Wir haben eine Vereinbarung getroffen, Herr Klubobmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen.*) Ich glaube, absolute Priorität hat die Erstellung einer Neuplanung des Gesundheitssystems, mit der Erstellung einer Kärntner Position für die Verhandlungen auf Bundesebene, ÖKAP; LKF-System. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Abgeordneter Dr. Strutz hat 5 Minuten und 36 Sekunden gebraucht. Er hat sein Budget um Etliches überschritten. Ich bitte um Disziplin.

Als nächster hat sich Landtagsabgeordneter Kollmann zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses.

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Aktuelle Stunde, vorgeschlagen von der Freiheitlichen Partei, "Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik in Kärnten" gibt uns glaube ich allen gemeinsam die Gelegenheit, auf Grundlage einer neugeschaffenen Plattform unter dem Namen "Gesundes Kärnten", indem ja die Parteienvertreter, Sozialversicherungen und wenn Bedarf ist, auch die Ärztekammer, Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft usw.

vertreten sind, auch Maßnahmen zu setzen, die sicherlich für die Zukunft Möglichkeiten darstellen, das Krankenhaus und die gesamte Gesundheitsversorgung im Lande Kärnten aus der tagespolitischen Diskussion herauszuhalten.

Es hat der Klubobmann Dr. Strutz bereits darauf hingewiesen, daß es sicherlich für die Patienten und die Bediensteten in den Krankenanstalten nicht das Beste ist, wenn man alle Tage in den Zeitungen liest und nachlesen kann, daß die Finanzierung der Gehälter oder einer medizinischen Leistung in den Krankenanstalten nicht gesichert ist. Wir haben, und das haben wir nicht nur einmal hier herinnen festgestellt und gesagt, wir haben in allen Bereichen gut ausgebildete Fachkräfte. Angefangen von den Pflegehelfern über das Bedienungspersonal bis zu den medizinischen Leistungen, haben wir gut ausgebildete Fachleute tätig, so daß diese Arbeit, die sie erbringen, nicht in Diskussion stehen soll. Daß wir selbstverständlich Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen haben, die sich sicherlich auch zu einem Dauerthema hier im Landtag entwickelt haben, soll uns jetzt ich glaube für die Zukunft Möglichkeiten geben. Wir wissen, daß die Finanzierung im Gesundheitswesen auch vieler Spitäler bis zum Jahr 2000, und das hat ja bereits der Klubobmann bereits auch gesagt, in vielen Bereich mit den leistungsorientierten Abrechnung sichergestellt ist. Wir haben aber jetzt die Möglichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen positiven Beginn zu starten, eine Leistungsabstimmung zwischen Spitälern, den niedergelassenen Anbietern, seien es jetzt freie Wohlfahrtsträger, Leistungsanbieter, die praktischen Ärzte, für die Zukunft, nämlich 2001 und darüber hinaus, zu diskutieren. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird dabei sicherlich die bundesweite Regelung über die Fortsetzung der Spitalsfinanzierung im Jahr 2000 bilden. Viele Entscheidungen, die im Bereich des Bundeslandes Kärnten angepeilt werden in diesem Bereich, werden daher von dieser Entwicklung auf Bundesebene aber auch bekanntlich den Bundesländern, und den Sozialversicherungen, die dabei eingebunden sind, abhängen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, als Land Kärnten, gemeinsam im Zuge dieser Verhandlungen auf Bundesebene Möglichkeiten und Zukunftsmodelle zu entwickeln, die nicht zu

einer Überforderung der Finanzierung des öffentlichen Haushaltes führen. Ich glaube, das ist unbedingt notwendig! Ich möchte das an einem Beispiel vorführen: Das Hauptübel sind sicherlich die unterschiedlichen Interessenlagen, das wissen wir, der der Sozialversicherungsträger, der öffentlichen Hand, der Gemeinden und dergleichen mehr. Nehmen wir die Forderung, und die versteht jeder einzelne von uns, nachzuvollziehen, das Spital soll nur dann aufgesucht werden, wenn es keine andere Behandlungsmöglichkeit eines kranken Menschen vor Ort gibt. Ein Spitalsaufenthalt ist auch für jeden einzelnen eine psychische Belastung und nicht zuletzt ist auch die Behandlung in den Krankenanstalten die teuerste Behandlungsmethode, die teuerste Form der Medizin. (*Abg. Dr. Wutte: Bist auch schon drauf gekommen!*) Die logische Folgerung daraus ist selbstverständlich, die niedergelassenen Ärzte, eine bessere Ausrüstung der Arztpraxen, die Schaffung von Gemeinschaftspraxen, die Erwerbsgesellschaft von Gesundheitsberufen zuzulassen, Ausbau der Übergangspflege im Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege, auch dessen Ausbau zu forcieren und die Zusammenarbeit mit den Hausärzten draußen, diese medizinische Versorgung auch sicherzustellen. Zur Ausrichtung der modernen Medizintechnik in den Krankenanstalten und habe ich das auch schon ein paar Mal hier herinnen gesagt, manche Kleingeräte in den Arztpraxen können genau soviel wie vor einiger Zeit Großgeräte in den Krankenanstalten. Und das sollte man in Zukunft ausnutzen und wenn ich das sage, so muß es auch bewußt sein, wenn es zu dieser Leistungsverlagerung kommt, dann haben wir auch selbstverständlich auch damit zu tun, wenn das im extramuralen Bereich angesiedelt wird, bei den niedergelassenen Ärzten angesiedelt wird, daß es auch eine Geldverlagerung vorzunehmen ist. (*Vors. Freunsl.: Die Redezeit ist aus!*) Ich glaube diese Diskussion muß man offensiv auch in diese Richtung führen. Ziel muß es sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in Zukunft eine optimale Behandlung für alle Patienten gleich wo sie wohnen, gleich welchen sozialen Stand sie haben, für unser Landesbürger im Lande Kärnten sicherzustellen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Abg. Kollmann hat vier Minuten 54 Sekunden gesprochen; ist in der Zeit geblieben. Danke schön! - Vorsitzender erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube über den Zustand und die Situation im Gesundheitsbereich ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte es nur noch einmal straff ansprechen. Kostenexplosion auf der einen Seite, überfüllte Ambulanzen, Partysäle auf der anderen Seite, immer mehr Anträge auf Verbesserung der regionalen Versorgung durch Ärzteniederlassungen auf dieser Seite auch im Kärntner Landtag schon besprochen. Jungärzte ohne Arbeitsplatz und ohne Beschäftigung und auf der anderen Seite, das möchte ich auch sagen, weil ja die Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft schon angesprochen wurde, eine Aufblähung eines Apparates, die Herausbildung eines Wasserkopfes, der in dieser Größe und Form weder geplant noch beabsichtigt noch sinnvoll ist. Das möchte ich in aller Dezipiertheit auch sagen. Wir haben nichts davon, meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Bereich mit teuren Gutachten und externen Gutachtern arbeiten, wozu dann Parallelstrukturen hochziehen, wo dann auch hoch bezahlte Leute in die KAB mitaufgebaut werden und ein aufgeblähter Apparat geschaffen wird, der nicht in der Lage ist, die große Systemfrage der EDV-Kompatibilität in den Krankenhäusern zu lösen, aber einen Dienstposten nach dem anderen fordert. Das ist nicht der richtige Ansatz, deswegen auch an die Adresse der FPÖ, daß es hier darum geht, auch die KAB-Strukturen in Ordnung zu bringen. Daher auch unser Antrag, der Gott sei Dank die Unterstützung des Hauses gefunden hat, auch die Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft einmal vom Landesrechnungshof überprüfen zulassen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Effizienz. Wir haben aufgrund der Defizite in diesem Bereich, und da möchte ich auch den Patientenanwalt ansprechen, der sicher auch die Nichtnachbesetzung durch den zuständigen

Referenten auch ein Defizit darstellt, durch diese Defizite im Bereiche des Gesundheitswesens einen klaren Antrag gebracht. Sie können sich erinnern, im Mai dieses Jahres hat die Kärntner Volkspartei über den Gesundheitssprecher Kollegen Sablatnig unser Systemmodell eingebracht "Gesundes Kärnten". Im Form einer Holding-Zusammenschluß und Zusammenführung der Krankenanstalten des Landes, der Privaten, der niedergelassenen Ärzte, der extramuralen Versorgungseinrichtungen, um hier ein Konzept realisieren zu können, daß Dynamik im Gesundheitsbereich, eine bessere Versorgung eine Kostenentlastung, mehr Transparenz und vor allem die Interessenwahrung der Patienten im Auge hat. Wenn heute von Interessenwahrung schon die Sprache war, Verunsicherung meine Damen und Herren von der FPÖ, Verunsicherung wurde vor allem auch durch den Landesrat Pfeifenberger hereingebracht, der in seinem Fünfjahresprogramm für das Budget, für die Budgetpolitik der nächsten Jahre von Leistungskürzungen, von Abbau in den Regionen draußen gesprochen hat, das war die tatsächliche Verunsicherung. (*Abg. Dr. Strutz: Das hat er nicht, Herr Pfeifenberger hat nie davon gesprochen!*) Kollege Strutz, daß wir hier einen Antrag bringen mußten, daß wird die regionalen Krankenhäuser auch erhalten (*Lärm im Hause - Vorsitzender mahnt mit dem Glockenzeichen zu Disziplin.*) und wenn du sagst, daß es keine Zielplanung gibt, das stimmt. Es gibt keine Zielplanung in den Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft. Aber warum? Die Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft wird im Aufsichtsrat durch einen Freiheitlichen Entsandten präsiert. Das heißt: Ihr habt jetzt die Möglichkeit das zu tun, wovon ihr jahrelang gesprochen habt, bringt jetzt noch oppositionelle Forderungen und verschweigt, daß ihr tatsächlich auch die Instrumentarien der Gestaltung und der Macht tatsächlich in Händen habt. (*Strutz: Das ist nicht das Schlechteste*) Über die KAB zu schimpfen und über die Strukturen, gleichzeitig aber den Vorsitz nicht sinnvoll zu nutzen, das ist kein richtiger Ansatz, Kollege Strutz. Daher wundert es mich nicht, daß jetzt der große Abgesang eintritt. Überrascht bin ich von dem positiven Signal der SPÖ zu unserem Konzept "Gesundes Kärnten"

Landesholding positiv einzutreten, das Wort ist offensichtlich schon durch "Gesundes Kärnten" auch bis zum Kollegen Kollmann vorgebracht. Dieser gesamte Ansatz, ob das jetzt rechtlich - ... Arbeitstitel - tut euch nicht um den Titel streiten - habts ja mit der FPÖ auch nicht über die Titelbezeichnung des Kinderschecks gestritten. Die FPÖ macht jetzt den Abgesang und die FPÖ ist die Partei, die jetzt keine Reformschritte mehr setzen will! Mich wundert das ja nicht. Es reicht der Vorsitz in der KAB. Man hört auch die Töne beim Krankenanstaltengipfel, die KAB reicht in ihren Strukturen aus. Jetzt schaut die Welt anders aus. Hat man einmal den Vorsitz in einer Institution, dann ist nicht mehr Blockade und Opposition angesagt, sondern Macht, Mißbrauch jedenfalls angesagt. (*Vors.: Eine Minute noch!*) Mich wundert das aber nicht, meine Damen und Herren, weil ja die Dinge offenbar im Vorfeld auch schon ein bißchen abgesprochen sind. Denn die Budgeteinigung, die jetzt dieser Tage zwischen Rot und Blau zustande gekommen ist, wird wohl auch einen Hintergrund im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitik haben. Wenn ich daran denke, daß der Herr Landeshauptmann euch gesagt hat beim Budgetgipfel, wie der Kollege Unterrieder gejamert hat, ein paar Posten brauchen wir noch für das Krankenhaus, hat der Herr Landeshauptmann gesagt: "Kein Problem, kriegt ihr, wenn ihr dem Budget zustimmt, das machen wir schon!" (*Lärm im Hause - Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Dann ist dann offenbar doch einiges an Geheimvereinbarungen auch sonst noch gelaufen, (*Abg. Rohr: Es gibt keine Geheimniskrämerei!*) sonst kann ich mir das nicht vorstellen, daß ihr so billig hergegeben habt, nachdem ich die SPÖ kenne und sie alles teuer erkaufen will, weiß ich daß da einiges im Hintergrund gelaufen ist. (*Vors.: Herr Klubobmann die Redezeit ist abgelaufen!*) Eines möchte ich nur nicht, Kollege Strutz, daß die Interessen der Patienten und die Wahrung der Interessen der Patienten in der Gesundheitspolitik auf diese schlechte Art dargeopfert wird. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) (*Abg. Dr. Strutz: Haben sie das bei euch schon gemacht?*) - (*Abg. Ing. Rohr: Wir haben das durchgesetzt*) - (*Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.*)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Klubobmann Dr. Wutte! Da hast du hier einen Beweis dafür gebracht, warum wir in unserer Spitalspolitik in Kärnten Probleme haben. (*Zwischenruf von Abg. Dr. Wutte*) Weil dieses Thema leider von allen Seiten parteipolitisch ausgeschlachtet wird und du setzt das fort. Ich glaube, diese Politik muß ein Ende haben. Diese Politik der Destruktion und des gegenseitigen Anschüttens muß ein Ende haben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Gerade in bezug auf die Krankenhäuser und auf die Gesundheitspolitik. Ich glaube, da wird es wichtig sein - zehn Jahre lang haben wir herumgestritten; ich habe es ja aus einer anderen Position verfolgt, die Diskussion, und zehn Jahre ist nicht viel weitergegangen. Ich hoffe, daß wir daraus gelernt haben und jetzt probieren wir eine andere Form, probieren wir eine andere Form der Politik, daß würde ich dich bitten! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Ich glaube, worum es wirklich geht ist, daß jetzt diese Rechnungshofberichte und diese Kontrollberichte, in denen permanent von Verschwendung die Rede ist, endlich ein Ende haben müssen. Das ist in dem Bereich, ich habe es das letzte Mal schon gesagt, doppelt ärgerlich. Weil im patientenfernen Bereich öffentliche Gelder nicht richtig eingesetzt werden und auch vergeudet werden, fehlen sie im patientennahen Bereich. Das sind zwei kommunizierende Gefäße und wenn in einem Bereich zuviel ausgegeben wird, dann fehlt es woanders. Das ist ein entscheidender Punkt und da spielt jetzt die Struktur keine Rolle, sondern es geht darum, daß die Verantwortlichkeiten klar fixiert sind und daß wir also hier, das ist ja unsere Aufgabe auch im Landtag hier, Verantwortungen ausmachen und die dann auch konsequent ziehen. Das ist das Entscheidende! (*Abg. Dr. Wutte: Jetzt habt ihr auch Verantwortung in der KAB!*) Ich möchte dieses Thema hier noch ein bißchen weiterziehen. Es gibt aus meiner Sicht noch ein paar Problem-bereiche, die ebenfalls gelöst werden sollten. Ganz katastrophal aus meiner Sicht ist die Situation, was die Krebstests für Frauen betrifft. Wo das Krankenhaus Einsparungen macht und die niedergelassenen Ärzte, die niedergelassenen Frauenärzte hier nicht auf die Ressourcen des

Landeskrankenhauses zurückgreifen können, weil es da im Dreieck Krankenhaus, Land und Gebietskrankenkasse Probleme gibt. Ich glaube, das ist ein unhaltbarer Zustand und das hat auch teilweise fatale Folgen, weil gerade die Sterblichkeit von Frauen in dieser Beziehung so groß und so hoch ist wie nirgendwo anders. (*Abg. Rohr: Sie werden aber trotzdem älter wie wir!*) Es ist, ich glaube, kein Thema, das geeignet ist, hier Späße zu machen oder die Dinge nicht ernst zu nehmen. Hier muß auch die Gesundheitsaufsicht funktionieren in den Labors, in den privaten Labors, die vor vielen Jahren eingesetzt wurden und wo es Hinweise darauf gibt, daß sie nicht mit modernsten Methoden arbeiten und daß das auch kontrolliert und abgestellt wird. Auch da hat der Gesundheitsreferent Verantwortung die aus meiner Sicht bis dato nicht voll wahrgenommen wurde. Wir haben das letzte Mal auch über die Patientencharta gesprochen, da reden wir also von Mitsprache des Patienten, von Transparenz im Krankenhauswesen und auf der einen Seite führt dann das Land Kärnten einen Prozeß dagegen, daß der Patientenanwalt der Psychiatrie auch für die Heilpädagogische Abteilung zuständig ist, wo also jedenfalls hier eine gewisse Kontrolle stattfindet. Das muß man also beachten, das Land gibt Geld dafür aus, damit hier eine Mitsprache von Patienten nicht gewährleistet ist. Das ist nicht zu begrüßen, das gehört abgestellt. Als drittes will ich noch erwähnen: Beim Herztag hat ein Patientenvertreter davon gesprochen, wie wichtig es ist, daß innerhalb von 40 Kilometer eine stationäre Versorgung für Herzpatienten vorhanden ist und dann reden Verantwortliche des LKH Klagenfurt von einem Zentrum und da wird nicht darauf hingewiesen, daß wir in Kärnten noch zwei andere Krankenhäuser brauchen, die auch Herzpatienten betreuen. Es wird eine ganz große Aufgabe von uns allen sein, in Zukunft die Finanzierung der Spitäler sicherzustellen und auch Strukturen zu schaffen, daß vor allem auch ältere Menschen hier dezentral versorgt werden können - im Bereich ihrer Wohnung, denn eines soll nicht passieren, was immer wieder leider Gottes vorkommt, daß alte Menschen, die wegen eines langfristigen Leidens ins Krankenhaus müssen, unweigerlich über die Einbahnstraße ins Pflegeheim gelangen.

Das ist ein unhaltbarer Zustand! Die verlieren dann ihre Wohnung und könnten nicht mehr nach Hause zurückkehren.

Als letzter Punkt ist noch zu erwähnen, daß wir auch (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) ein humanes Sterben in den Krankenhäusern ermöglichen und auch dafür Strukturen schaffen sollen! Hier haben wir eine Aufgabe! Ich rufe das ganze Haus dazu auf, für Menschlichkeit, Humanität, auch in diesem Bereich zu sorgen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 12 Sekunden. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.*)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Vorweg eine Korrektur: Es gibt ein klares Bekenntnis der Sozialdemokraten zu den organisatorischen Grundlagen des Kärntner Gesundheitswesens, mit dem klaren Auftrag, es positiv weiter zu entwickeln.

Ganz klar und deutlich auch: Die letzten zehn Jahre, Herr Jost, waren nicht von einem Chaos im Gesundheitssystem geprägt, sondern waren durchaus ein Beitrag zur Qualitätssicherung. Sie waren geprägt von einer Verbesserung des Versorgungsauftrages in unserem Bundesland. Zweifelsohne hat es damit schritthaltend auch eine finanzielle Entwicklung in diesem Bereich gegeben, die es gilt, zu stabilisieren, um auch künftigen Generationen den hervorragenden Stand und die hervorragende Versorgung mit Gesundheitseinrichtungen in unserem Bundesland sichern zu können. Denn es ist unumstritten der Wunsch des Menschen, gesund zu altern und möglichst lange am gesellschaftlichen Prozeß aktiv teilhaben zu können.

Das österreichische Gesundheitssystem und im besonderen das in Kärnten trägt diesem Wunsch in einer beispielgebenden Art und Weise Rechnung. Der Standard der medizinischen Versorgung in Österreich, damit in Kärnten, zählt weltweit zu den besten.

Geschätzte Damen und Herren! Unter diesem Blickwinkel sollten wir, glaube ich, unsere Ge-

sundheitspolitik und all das, was angeboten wird, betrachten! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*) Denn diese Leistungen sind der wahre Reichtum an Menschenwürde; Menschenwürde, die es für uns gilt, den Menschen auch zu vermitteln.

Geschätzte Damen und Herren! Die immer wiederkehrende Beteuerung, die Gesundheitspolitik aus dem politischen Tagesstreit zu halten, muß selbstverständlich auch für die immer wiederkehrenden öffentlichen Diskussionen über die Landeskrankenanstalten Geltung haben. Letztes Beispiel: "LKH in Not. Personalabbau. Einschränkungen von Leistungen. Ausgliederung." Nur: Wohin, das hat keiner angedeutet.

Mehr als 40 Artikel beschäftigten das Lavanttal in einem Zeitraum von über zwei Monaten; Schnellvisiten mittels Hubschrauber; Ängste und Sorgen wurden verstreut. Wenn es uns ernst ist, die Gesundheitspolitik tatsächlich außer Streit zu stellen, dann darf die Ebene der öffentlichen Diskussion nicht ständiger Begleiter in der Gesundheitspolitik sein. Dann müssen wir uns auf ein anderes Maß herunterbegeben und dort, wo die Kompetenz vorherrscht und dort, wo sie auch umsetzbar ist, die Diskussion führen!

Leistungsfähige Versorgung, geschätzte Damen und Herren, braucht Glaubwürdigkeit und Vertrauen; Glaubwürdigkeit für das Machbare; Vertrauen durch die Handelnden.

Auch die künftige Gesundheitspolitik muß den Menschen, den Patienten und den Handelnden vor Ort im Zentrum haben. Daher ein klares Bekenntnis zur Sicherung vor allem des regionalen Versorgungsauftrages! Das erfordert Geld, weil künftighin Investitionen in moderne Geräte, in neue Techniken, auch vor Ort, am Land, wo die Einrichtungen bestehen, erfolgen müssen. Dazu brauchen wir ein qualifiziertes, motiviertes - aber kein verunsichertes Personal. Das ist unser Beitrag, den wir gefordert sind, zu leisten.

Ein Menschenleben ist in Geld nicht bewertbar. Trotzdem, geschätzte Damen und Herren, wird künftighin der sorgsame Umgang mit den öffentlichen Mitteln - wie auch in der Vergangenheit, behaupte ich mit gutem Recht -, aber auch mit den Mitteln der Beitragszahler gefordert sein. Wenn nötig, gibt es Korrekturen; muß es Korrekturen geben. Diese Korrekturen können aber nur mit sanften Therapien erfolgen. Es kann

zu keinen Amputationen - wie immer wieder gefordert - mit radikalen Ausgliederungen, mit radikalem Personalabbau kommen. Das sind Amputationen im Gesundheitswesen; das sind Experimente, deren Auswirkungen nicht absehbar sind. Solche Experimente haben in unserem System keinen Platz.

Geschätzte Damen und Herren! Vertrauen für die Handelnden heißt aber auch, von den Handelnden Kompetenz zu verlangen. Die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes werden durchwegs von Nichtmedizinerinnen erstellt; die Gutachten und Berichte zur jeweiligen wirtschaftlichen Lage. In den Krankenanstalten sollte es wieder zur Norm werden, daß zum Beispiel Befunde, Berichte über den Zustand, über die Dauer von Operationen oder aber auch über einen Genesungsprozeß (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) nicht von Betriebswirten bewertet werden, sondern von hierzu Kompetenten. Millionenteure Beraterfirmen - das ist heute schon angesprochen worden - reichen sich nahezu tagtäglich die Türklinken in unseren Krankenanstalten, um unisono festzuhalten: "Beim Reinigungsdienst und in anderen Hilfsbereichen ist anzusetzen." Solche Gutachten können wir billiger haben - geschweige denn, wir brauchen sie nicht.

Geschätzte Damen und Herren! "Sachlich unumstritten" heißt, nicht zu behindern; nicht zu behindern, dem regionalen Versorgungsauftrag gerecht zu werden. Das bedeutet, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) nicht zu behindern, sondern die Versorgung in den Regionen zu verbessern: sei es Lymphbehandlung; sei es, dem Rechnung zu tragen, daß die Menschen immer älter werden, in einem Ausbau und der Verbesserung der geriatrischen Versorgung usw.

Geschätzte Damen und Herren! Einen Satz gestatten Sie mir noch, Herr Präsident! (*Vorsitzender: Die Disziplin ist zu wahren! Bitte!*) Ja, das täte ich gerne noch sagen, gelt! (*Heiterkeit beim Abg. Dr. Wutte: Das hättest du vorher sagen müssen!*) Ich reduziere tatsächlich auf den letzten Satz: (*Lärm im Hause*) Wir alle hier bekunden -ich gehe davon aus, daß dem auch so ist -: Wir alle wollen das Beste! Wenn es uns gelingt, das zu sichern, dann ist das zukunftsorientiert. Ich danke! (*Beifall von der*

SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Der Abgeordnete Schlagholz hat 5 Minuten 41 Sekunden gebraucht. - Zwischenruf des Abg. Dr. Wutte. - Vorsitzender: Ja! Wir sehen, wie schnell fünf Minuten vorbei sind. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Genau diese Diskussion zeigt, daß es wichtig ist, auch bei der gesundheitspolitischen Diskussion vernetzt zu denken. Es geht nicht um die Krankenhäuser allein. Es geht in der Gesundheitspolitik um die Gesamtversorgung und das Gesamtversorgungsangebot.

Geschätzte Damen und Herren! Ich werde nicht die Kritik, die wir die letzten Jahre hören, sehen und lesen konnten, wiederholen. Wir haben uns aufgrund der vielen Kritikpunkte mit Experten zusammengesetzt und ein "Gesundheitspolitisches Modell" für Kärnten entwickelt. Dieses "Gesundheitspolitische Modell" beinhaltet Schwerpunkte, die ich hier nur skizzenhaft anführen kann.

Zunächst einmal ist die gesamte Gesundheitspolitik niemand anderem gegenüber verantwortlich als der Solidargemeinschaft der Kärntnerinnen und Kärntner; jener Menschen, die Hilfe brauchen und diese Hilfe in den Krankenanstalten und bei den niedergelassenen Ärzten erwarten. Sie und ihre Interessen, Bedürfnisse und auch Rechte sind im Falle der drohenden gesundheitlichen Störung und stehen im Mittelpunkt aller Überlegungen. Wir müssen ausgetretene Pfade verlassen und den Kopf frei bekommen: für die großen Entscheidungen, für die großen strategischen Entscheidungen in der Gesundheitspolitik. Was morgen und übermorgen wirksam werden soll, muß heute gedacht, entschieden und vorbereitet werden. Da geht es nicht ohne ein entsprechendes Papier. Dieses Papier erhebt ja nicht Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist eine wesentliche Grundlage. Wir laden alle politischen Parteien ein, auf der Ebene der Landespolitik gemeinsam zu versuchen, so viele Punkte wie es geht umzusetzen und die anderen politischen Parteien einzuladen, Vorschläge mit einzubringen, damit

wir ein gesundes Kärnten in der Landespolitik entwickeln.

Die Verunsicherung der Patienten ist genau so schwierig für die Gesundheitspolitik wie die Verunsicherung der Mitarbeiter. Wir brauchen daher langfristige Überlegungen, Konzeptionen und Strategien für die Umstrukturierung im Gesundheits- und Sozialbereich, der ja im wesentlichen mit anhängt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß wir die Vernetzung der Gesundheitseinrichtungen zustande bringen müssen und das Gesundheitssystem neu und subsidiär von unten nach oben entwickeln müssen. Es hat keinen Sinn, daß sich die hochspezialisierten Krankenanstalten mit Detailproblemen beschäftigen und den niedergelassenen Ärzten diese Aufgaben entzogen werden. Daher brauchen wir eine hochqualifizierte Krankenanstaltenpolitik. Ich gehe davon aus, daß die Leistung in unseren Krankenhäusern in Kärnten wirklich ausgezeichnet ist. Aber wir haben Organisationsstrukturen, die doppelte und dreifache Kosten verursachen.

Daher muß es eine neue Organisationsform geben. Wir haben vorgeschlagen, daß wir unter dem Dach "Holding Gesundes Kärnten" ein neues Gesundheitsmanagement entwickeln (*Abg. Ing. Rohr: Aber keine Aktien in Holland!*), alle die Gesundheitsleistungen anbieten und alle, die Kostenträger sind, unter ein gesetzliches Dach zusammenzufassen, um Aufgaben für die Gesundheitspolitik nicht nur zu diskutieren, sondern auch beschlußmäßig umsetzen zu können.

Es geht uns dabei um die Vernetzung der Krankenanstalten, der Landeskrankenanstalten, der privaten Spitäler, der Spitäler unserer Orden in Kärnten. Es geht uns - wie das am Beispiel der EDV-Vernetzung negativ auffällt - um die Zusammenarbeit, die Zusammenführung. Es ist heute nicht möglich, einen Bericht vom Landeskrankenhaus in Villach an das Landeskrankenhaus in Klagenfurt zu übermitteln; weil die EDV-Vernetzung nicht funktioniert. (*Abg. Ing. Rohr: Wir brauchen eine Rohr-Post!*) Die Rohrpost ist natürlich ein veraltetes System. (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*)

Aber es gibt schon neue System, die wir auf alle Fälle haben wollen.

Ein klares Bekenntnis zu den regionalen Spitälern; ein klares Bekenntnis zur Verstärkung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mit niedergelassenen Ärzten; ein klares Bekenntnis zu den Gesundheits- und Sozialstationen in den Regionen: damit die Schnittstelle Krankenhaus - Patient verbessert werden kann! Dadurch sehen wir uns in der Lage, die kostengünstigere Gesundheitspolitik bei gleicher Qualität anzubieten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Vorsitzender: Abgeordneter Sablatnig hat 4 Minuten 33 Sekunden gesprochen. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Scheider das Wort. - Abg. Lutschounig: Der einzige Fachmann! - Abg. Ing. Rohr: Kennst du dich auch aus? - Abg. Scheider: Besser als du!*)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Es ist heute schon sehr viel über Organisation, Finanzierung und Vernetzung des Krankenanstaltensystems gesprochen worden. Es hat auch Kollege Wutte wieder einmal ein schauriges Kapitel geliefert, wie man die Gesundheitspolitik in den parteipolitischen Würgegriff bekommen will. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion*) Aber da ist ja jede Hoffnung auf Besserung wohl eine Hoffnung, die nicht eintreten wird. (*Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion*)

Ich möchte das heute zum Anlaß nehmen, daß wir einmal ganz positiv darüber diskutieren, daß wir auch Rahmenbedingungen setzen können. Dieses Haus hat das auch gezeigt, nämlich daß zum Beispiel beim letzten Beschluß für die Diabetesschulung in Kärnten ein ganz positiver Ansatz gesetzt wurde. Dieser Ansatz unter dem Motto: "Früherkennung, frühe Förderung, frühe Ausbildung" verhindert letztlich schweres menschliches Leid und auch die Folgekosten. Deshalb ist es durchaus wichtig, daß hier Einstimmigkeit dahintersteht. Denn wenn es uns gelingt, aufgrund dieses Beschlusses auch dazu beitragen zu können, daß in Zukunft in schwersten Fällen zum Beispiel die diabetesbedingten Amputationen um 50 % reduziert werden können oder die Erblindungen

um 30 % oder auch, daß das diabetesbedingte Nierenversagen um 30 % reduziert werden kann - wie es Ziel dieses Konzeptes ist -, dann haben wir Wesentliches erreicht! Dies ganz abgesehen von den Kosten, denn postoperative Kosten, Rehabilitationskosten und die Pflegekosten sind auch Inhalt dessen, was heute schon gesagt wurde. Da muß man einfach einen frühen Ansatz finden!

Ich möchte daher von dieser Stelle aus sagen, daß wenn wir in Kärnten einen positiven Impuls setzen, wir damit alles daransetzen, daß von hier aus auch bundesweit mobil gemacht wird; daß eine österreichweite Vernetzung erfolgt, daß die Aktivitäten koordiniert werden und daß vor allem auch das Know-how gebündelt wird. Weiters, daß es bei den Diabeteserkrankungen auch bundesweit rechtzeitig zu einer Aufklärungskampagne kommt und gelingt, daß in Zukunft - was leider in der Vergangenheit der Fall war - keine Diskriminierung von Diabetikern am Arbeitsplatz stattfindet.

Zweites Thema, das mir wesentlich am Herzen liegt und wo auch die Politik aufgerufen ist, die Rahmenbedingungen zu setzen, ist die gesundheitliche Entwicklung bei Schulkindern, wo bereits vor Jahren darauf hingewiesen wurde, daß sich bei Schulkindern heutzutage sehr stark das Herz-Kreislauf-Versagen verstärkt, daß Haltungsschäden schon die Norm werden und Übergewichtigkeit sehr stark zunimmt.

Bereits vor Jahren wurde darauf hingewiesen; es hat sich nichts geändert. Es haben dann die Schulärzte Alarm geschlagen, in einer dramatischen Pressekonferenz und darauf hingewiesen, wenn sich nicht im Unterricht etwas verändert, wenn nicht der Schulsport selbst wieder aktiviert wird, daß wir in 10 Jahren eine Verdoppelung, eine Verdreifachung, dieses Problems haben werden. Bis dato war die Folge, daß der Schulsport weiter reduziert wurde und die Folgezahlen sind bereits eingetreten. Ich darf Sie auch alle ersuchen, auch die Fraktionen, die ja auch auf Bundesebene einwirken können, daß es hier zu einem Umdenken kommt, nämlich zu einem Umdenken dahingehend, daß es nicht so sein kann, daß Schulsport auf Null reduziert wird und wir dann das Problem haben, daß Menschen aus der Schule kommen,

gesundheitlich belastet sind und wir das Problem nicht mehr in den Griff bekommen.

Das ist natürlich eine Frage der Prioritätensetzung. Eine Frage, wo will man auch hin. Und deshalb ist es auch sehr wichtig - und das ist auch damit verbunden - daß wir auch in diesem Haus ebenfalls einstimmig beschlossen haben, ein Konzept der Suchtprävention zu bringen, denn auch das ist ein Gesundheitsproblem, das wir rechtzeitig bekämpfen müssen und wo es auch einen einstimmigen Beschluß geben soll. (*Unruhe im Hause.*) Ich darf Sie aufrufen, daß wir weniger parteipolitisch herumstreiten über die Organisationsform, wo sich viele zu Wort melden und letztendlich nichts herauskommt ... (*Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen.*) ... und ein Wort einsetzen, wo wir auch die Möglichkeit haben, etwas zu machen, etwas zu sanieren. Danke. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Herr Abgeordnete Scheider hat 5 Minuten und 6 Sekunden gesprochen. - Als nächster hat sich Abgeordneter Arbeiter zu Wort gemeldet. - Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir von den Vorrednern von allen Fraktionen erwartet, daß sie am Beginn ihrer Reden - ich möchte Sie, wenn man in Zukunft über Anstalten und Personal reden, das vielleicht doch auch tun - einmal beim Personal das rund um die Uhr, jedes Wochenende, jede Nacht oder fast jede Nacht tätig sind, glaube ich, im Namen des kompletten Kärntner Landtages einmal recht herzlich Dankeschön sagen sollten. Ich erlaube mir, das im Namen des Kärntner Landtages zu tun (*Beifall im Hause.*) und hoffe auf die Unterstützung aller anderen Abgeordneten.

Das Zweite - zur Versorgung: Man hat in der letzten Zeit oder in den letzten Jahren oder eigentlich immer, nie gehört, wie gut eigentlich

die Versorgung in den einzelnen Krankenanstalten, auch in den privaten und in den geistlichen ist, sondern es wurde leider immer wieder, weil es Unzulänglichkeiten in einer oder anderen Form gegeben hat, das hochgespielt und diskutiert wurde und nicht die Versorgungsdichte, die ja in hunderttausenden ambulanten und tausenden Krankenhausaufenthalten, aber auch unserer Freunde, die im Sommer und auch im Winter nach Kärnten kommen, zuteil wird. Ich glaube, das sollte man auch einmal von dieser Seite hier kundtun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie lange und wie sehr wurde der KRAZAF diskutiert, der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, als nicht zeitgerecht, als nicht zutreffend. Trotzdem hat er viele Jahre sichergestellt, daß auch der Bund, das Land und die Gemeinden, bis unten in die Gemeinden - natürlich mit dem Auftrag, daß sie nicht sehr viel mitgestalten konnten - zur Zufriedenheit sichergestellt hat, daß die Versorgung aufrecht geblieben ist. Jetzt haben wir ein LKF-System das nicht parteipolitisch, sondern angeblich von Experten erfunden worden ist, das zur Zeit in Erprobung ist und der Kollege Strutz hat ja gesagt, nächstes Jahr läuft das aus. Das ist zwar richtig, weil es nur ein Probetrieb ist, aber es wird trotzdem eine Form der Finanzierung auch vom Bund her geben müssen. Ich lade alle Kritiker ein, nicht nur jetzt über "Gesundes Kärnten" oder irgendwelche Aktiengesellschaften oder andere Formen zu diskutieren, sondern sehr sachlich und fachlich sich Gedanken zu machen, ob es ein besseres System auch für den Bund gibt. Ich glaube nicht, daß man den Bund aus seiner Verpflichtung für das Gesundheitssystem, für das Gesundheitswesen entlasten kann.

Schwächen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte vor allem ein verhältnismäßig nicht sehr geschicktes Management in der Vergangenheit. Nachdem wir ja im Bereich Österreich scheinbar keine Experten haben, sondern einen aus dem hohen deutschen Norden herbeigebrachten Manager, der nie interessiert war, Zielvorgaben zu machen, der nie interessiert war, Eigentümervertretung zu machen, die Vorgaben der Eigentümer mehr oder weniger zu machen, sondern der einfach daran interessiert war, wenig anzuecken und nur über die Runden zu

kommen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Aus diesem Grund, da er das auch erkannt hat, hat er sich dann nicht mehr beworben.

Kollege Strutz, du hast etwas durcheinander gebracht. Den Masterplan und den ersten Entwurf der Umfeldanalyse, die zwei völlig verschiedene Dinge sind. Ob ich oder wir mit dem Masterplan Freude haben oder nicht, darüber können wir wirklich auch in den Ausschüssen diskutieren, sowie ich immer sehr sachlich bereit bin, in den Ausschüssen auch von unserer Seite unpolitisch, oder nicht parteipolitisch - das ist das bessere Wort - gewisse Dinge zu sehen. Und diese Umfeldanalyse, die du richtigerweise angezogen hast, ist ein Entwurf. Was mit dem dann gemacht wird oder ob weitergearbeitet wird, wird man noch sehen - nur eine Analyse, die die Patientenströme in Richtung der privaten, geistlichen Krankenanstalten, wie immer sie auch heißen mögen, und den Landeskrankenanstalten, aufzeigt. Ich glaube, es wäre sehr notwendig für uns alle, daß wir das tatsächlich auf den Tisch bekommen, um auch weiter diskutieren zu können, wie die Anträge, die in den Ausschüssen liegen, auch dann weiter behandelt werden können. (*Abg. Dr. Strutz: Du gibst mir Recht, daß die Studie neu gemacht werden muß.*) Kollege Strutz, ein erster Entwurf braucht nicht neu gemacht werden, sondern ... (*Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: 1 Minute Redezeit noch!*) wenn er nicht paßt, dann ist es überhaupt keine Frage, daß man da auch Kritik anwenden kann. Ich hoffe, daß bei Fertigstellung dieser Umweltanalyse diese auch brauchbar ist. Wobei ich hier von diesem Redepult ohne weiteres zugebe, Herr Kollege Strutz, daß wir keine Freude haben, mit den in der Vergangenheit getätigten Analysen von verschiedenster Seite her, weil, wenn sie zum Personal freundlich waren, sind sie sowieso schubladisiert worden und wenn sie nicht organisationsfreundlich - wenn ich es so formulieren darf - sind sie auch schubladisiert worden. Und es ist schon vor einiger Zeit ein Antrag eingebracht worden, dies einmal auf den Tisch zu legen, damit auch darüber die Sinnhaftigkeit, und vor allem die finanzielle Sinnhaftigkeit, diskutiert werden kann.

Ich glaube - ein bißchen Zeit habe ich noch - (*Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: 4 Sekunden.*) daß

das Gesetz, das Krankenanstaltengesetz, kein schlechtes Gesetz ist, weil es eigentlich die Ziele und die Zukunftsorientierung drinnen hat und wir sind gerne bereit, über notwendige Novellierungen, die man auch über ein Gesetz - das jetzt einige Jahre mehr oder weniger am Tisch liegt - zu sprechen. Danke! (*Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: 5 Minuten und 14 Sekunden hat der Kollege Arbeiter gebraucht. Er erteilt Abg. Ing. Eberhard das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Vorerst einige Bemerkungen zum Abgeordneten Jost. Acht Jahre hat die FPÖ in diesem Hause polemisiert, alles schlecht gemacht - Olympiabewerbung, Kärntner Leitbild, Schuldenpolitik, (*Abg. Dr. Strutz: Da warst du nicht da!*) mit dem Ergebnis, daß das Budget das heute hier vorgetragen wird, ein Meisterstück im Abschreiben des Budgets von Landeshauptmann Zernatto ist. (*Abg. (Dies löst Unruhe und Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. Abg. Dr. Strutz: Und deswegen seids Ihr dagegen!*) So wundert es mich nicht, wenn sich der Abgeordnete Jost hinstellt und meint, es ist genug polemisiert worden. Wir von der Österreichischen Volkspartei haben in den zurückliegenden Jahren konstruktive und wertvolle Arbeit geleistet für unser schönes Kärnten, für die Menschen in unserem Lande Kärnten.

Herr Präsident! Hohes Haus! Österreich hat international ein anerkanntes Gesundheitswesen mit guter Basisversorgung. Und dieser hohe Standard ist und war nur möglich, weil wir in unseren Krankenanstalten Bedienstete haben, Ärzte haben, Pflegepersonal haben, die wirklich hervorragende, beispielgebende Arbeit in unseren Krankenanstalten für unsere Menschen, die sich dort aufhalten, um wieder die Gesundheit zu erlangen, leisten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Ein Problem stellt sich zunehmend dar - das ist heute schon wiederholt angesprochen worden. Es geht um die Sicherstellung der Finanzierung im Krankenhauswesen. Um die Finanzierung auch für die Zukunft sicherzustellen, besteht Handlungsbedarf. Neue Überlegungen sind im

Gesundheitswesen notwendig. Wir wollen mit der Diskussion - und das sei ganz klar zum Ausdruck gebracht - keine Arbeitsplätze gefährden, sondern wir wollen mit dieser Diskussion, mit den neuen Überlegungen, viel mehr die Arbeitsplätze in unseren Krankenanstalten sichern. Daher, glaube ich, ist ein neues Schlagwort in diesem Zusammenhang, das immer wieder erwähnt wird, "Kooperation". Für die Zukunft wird es daher notwendig sein, mehr Kooperation innerhalb der bestehenden Krankenhäuser, der öffentlichen Krankenhäuser, der konfessionellen Kranken- und der Privatkrankenhäuser. Mehr Kooperation der Krankenhäuser mit der Ärzteschaft, praktische Ärzte, Fachärzte, aber auch mehr Kooperation hinaus über den Krankenhausbereich zu den privaten Pflegediensten.

Schwerpunkt unserer Überlegungen ist, unter anderem, auch die Erhaltung unserer Regionalkrankenhäuser mit einer entsprechenden Standardbasisversorgung. Und auch hier wissen wir, was die Standardversorgung betrifft, daß hier auch neue Überlegungen, neue Aufgaben, auf unsere Krankenhäuser zukommen. Um unsere Regionalkrankenhäuser auch für die Zukunft zu erhalten, wird es notwendig sein, sie auch mit Spezialaufgaben zunehmend zu betrauen. Wir wollen im Gesundheitswesen soviel zentral als notwendig, aber soviel dezentral als nur möglich. Und mit der Erhaltung der Regionalkrankenhäuser sichern wir nicht nur die Arbeitsplätze draußen in den Regionen, sondern es wird damit auch die medizinische Versorgung draußen in den Regionen, in den Bezirken, sichergestellt.

Und daß wir nicht nur von Dingen sprechen, sondern daß das für uns auch ein echtes Anliegen ist, ist jener Umstand, daß wir von der ÖVP-Fraktion in diesem Hause einen Antrag für die Installierung der Lymphbehandlung im Landeskrankenhaus Wolfsberg eingebracht haben. (*Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: Eine Minute noch, bitte.*) Ich freue mich, daß wir in dieser Frage weitergekommen sind und uns schon in Richtung Umsetzungsphase befinden. Wie schon erwähnt, es soll ein Pilotprojekt gestartet werden mit 10 Akutbetten, 10 Rehabbetten, und damit sollen auch, wie gesagt, 17 Arbeitsplätze im Landeskrankenhaus

Wolfsberg geschaffen werden. Wolfsberg hat hier schon eine wertvolle, wichtige Vorarbeit geleistet. Wir haben die besten Voraussetzungen auch in medizinischer Hinsicht mit Dr. Walter Döllner. Ich freue mich ... (Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Die Redezeit ist abgelaufen.*) ... ich freue mich, daß wir Unterstützung erfahren vom Sozialministerium bis hin zu den Sozial- und Hauptversicherungsträgern. Und so können wir davon ausgehen, daß die 23.000 geleisteten Unterschriften nicht umsonst waren, im Bezirk Wolfsberg. Und es können sich auch die Lymphpatienten, glaube ich, berechtigt Hoffnung machen, ... (Vors. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Herr Abgeordneter! Sie dürfen die Redezeit nicht so weit überschreiten. Sie haben keine Zeit mehr.*) ... ab 1.1.2000, sich in Wolfsberg einer Lymphbehandlung zu unterziehen ... (Der Vortragende verläßt das Rednerpult.) (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Fünf Minuten und 31 Sekunden. Keine große Disziplin von Herrn Abgeordneten Eberhard. Als nächster hat sich Abgeordneter Rohr gemeldet.

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich im wesentlichen darauf verweisen, daß alle Vorredner sehr konstruktive Beiträge zur komplexen Materie der Gesundheitspolitik gebracht haben. Ich möchte einige Anmerkungen insgesamt zur Gesundheitspolitik machen.

Ich glaube, daß es wichtig und ein Erfordernis ist, daß eine entsprechende langfristige Planung dem zugrunde liegt und daß die Umsetzung von Konzepten dann auch für die Bereiche der Krankenanstalten im öffentlichen Bereich wie auch im privaten Bereich, umgesetzt wird, daß bei den extramuralen Betreuungseinrichtungen entsprechende Konzepte eingehalten werden, sowie bei den Ärzten im allgemeinmedi-

zinischen Bereich, wie auch bei den Fachärzten und den damit im Zusammenhang stehenden Planstellen. Da gibt es eigentlich eine ganz interessante Zahl, die mir in diesem Zusammenhang aufgefallen ist. Beispielsweise haben wir seit 1980 eine Ausweitung bei den Planstellen. Bei den praktischen Ärzten von 22 Planstellen und bei den Planstellen von Fachärzten von 66 Planstellen. Das ist immerhin eine entsprechende Erhöhung des Versorgungsgrades der Kärntner Bevölkerung, die damit erreicht werden konnte.

Und dann braucht es auch jemanden in der Gesundheitspolitik, der diese Einrichtungen finanziert. Es braucht die Versicherten, die ihre Beiträge zahlen, es braucht die Versicherungen, bzw. die Kassen die bereit sind, die medizinischen Leistungen entsprechend abzugelten und letztlich auch alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die öffentlichen Einrichtungen, wie die Krankenhäuser und die Spitäler und die dort Beschäftigten entsprechend bezahlen. Eine vielschichtige Materie ist dieses Gesundheitswesen in Kärnten, wo es ganz besonders darauf ankommt, daß die Menschen, die diese Einrichtungen brauchen, nämlich die Patienten und die Menschen, die dort arbeiten, Vertrauen in diese Einrichtungen haben können. Um dieses Vertrauen sicherzustellen und die Verlässlichkeit und auch die Berechenbarkeit dieses Systems zu gewährleisten, glaube ich, ist es notwendig, daß sich die Politik kümmert, frei von tagespolitischen Einflüssen und sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Und weil der Herr Kollege Wutte heute schon ein bißchen hergepeckt hat, weil die ÖVP offensichtlich mit keinem Konzept in das Gipfelgespräch gegangen ist, daß am vorigen Montag stattgefunden hat, darf ich der ÖVP schon eines ganz deutlich sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren in der ÖVP. Wir Sozialdemokraten haben unseren aktiven Beitrag geleistet, uns für das Land und die Menschen zu entscheiden und nicht für die Unberechenbarkeit und ein Notprogramm. Mit unserer Forderung nach einem Budgetgipfel haben wir letztlich einiges Positives für dieses Land umsetzen können und ich sage das durchaus auch mit dem kritischen Unterton, daß vielleicht auch vieles

von dem was ohnehin besser gelaufen wäre, durchaus auch auf eine gewisse Arroganz des Herrn Landeshauptmannes zurückzuführen ist, der durch ständige Abwesenheit von der Kärntner Politik auch mit seinen Beitrag geleistet hat, daß ein entsprechendes Budgetchaos angestanden ist. Und um dieses Versagen des Landeshauptmannes zu sanieren, haben wir Sozialdemokraten zur Lösung einen entsprechenden Vorschlag eingebracht und so wurden beispielsweise Fragen der Aufstockung der Arbeitnehmerförderung, der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel, mehr Geld für die Wirtschaftsförderung, Aufrecht- und Beibehaltung der Presseförderung bzw. Ausbau dieser Presseförderung in unserem Land zur Erhaltung der Meinungsvielfalt und ganz besonders zum heutigen Thema zur Gesundheitsfinanzierung ein entsprechender Beitrag von uns geleistet, daß es zu einem gemeinsamen Budget kommen wird. Da werden nämlich die privaten Krankenhäuser mit 15 Mio Schilling mehr abgesichert und auch die bestehenden Verträge zwischen dem Land und den privaten Krankenhäusern eingehalten. Da wird der Arbeitsplatzabbau in den Krankenanstalten, wenn nicht eine entsprechende Dotierung gegeben gewesen wäre, verhindert, denn 500 Arbeitsplätze, das wird der Gesundheitsreferent bestätigen, wären dort gefährdet gewesen. *(Vors. Herr Abg. Ihre Redezeit ist abgelaufen.)* Ich glaube, daß es ein wichtiger Schritt war, daß wir uns im Interesse der Kärntner Bevölkerung und im Interesse einer gemeinsamen aktiven und positiven Politik in der Sache eingesetzt haben und letztlich ganz besonders auch für den Gesundheitsbereich entsprechende Erfolge zu verzeichnen haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Herr Abgeordnete Ing. Rohr hat 5 Minuten 22 Sekunden in Anspruch genommen. Es hat sich jetzt noch Herr Landesrat Unterrieder zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Vorerst einmal herzlichen Dank für die Debattenbeiträge. Ich darf am Beginn einmal feststellen, daß wir in Kärnten ein Krankenanstaltensystem zur Verfügung haben, ob im Landesbereich, konfessionellen oder privaten Bereich, das von den Leistungen her Vergleiche mit anderen Bundesländern sowie über die Grenzen hinaus nicht scheuen muß. In Kärnten steht uns ein gutes medizinisches Angebot zur Verfügung und all jenen sei gedankt, die sich dort um die Patienten bemühen und ihre Leistungen erbringen.

Ich darf auch am Beginn gleich feststellen, ich bin nicht interessiert an Vaterschaftsprozessen, wer das Kind geschaffen hat, sondern ich bin als Gesundheitsreferent des Landes Kärnten daran interessiert, daß wir nicht streiten, wer der Vater ist, sondern wenn es ein "klasses Kind ist, das man herzeigen kann" dann bin ich gerne bereit, allen die Vaterschaft auch zuzuerkennen. Das war immer mein Bestreben, wenn es um die Gesundheitspolitik gegangen ist, von der ersten Stunde in meiner jetzigen Funktion an. Denn, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, Gesundheitspolitik kann nur gemeinsam bewältigt werden. Und ich darf Sie alle darum bitten und ersuchen, auch darum, weil es ein sehr sensibler Bereich ist, wo man auch in der öffentlichen Diskussion sehr verantwortungsbewußt mit diesem Thema umgehen muß. Denn Verunsicherung der Menschen ist sicher nicht das, was wir alle, die wir uns in diesem Hause mit diesem Thema beschäftigen, wollen.

Wir haben in Kärnten Standorte in allen Bereichen und haben diese erhalten. Einen großen Teil der Krankenanstalten haben wir baulich bereits auf den modernsten Stand gebracht. Auch in den nächsten 5 Jahren stehen uns 550 Millionen Schilling zur Verfügung, um die restlichen baulichen Schritte im Bereich der Krankenanstalten zu setzen und der Bevölkerung Kärntens ein modernes Gesundheitswesen zur Verfügung stellen zu können. Auch diese Investitionsschritte werden wir tätigen. Investitionsschritte, die vorbereitet sein müssen, wenn ich allein an die Diskussion im ELKI Bereich denke. Wir haben mit den Mitteln der

Steuerzahler so umzugehen, daß die Leistung für den Patienten, für die Leute, die die Krankenanstalten brauchen, optimal ist. Auf der anderen Seite habe wir Potentiale auszuschöpfen, wo wir durch Organisationsabläufe und vernünftige Baumaßnahmen dazu beitragen, daß Geld gespart wird, ohne daß die Qualität darunter leidet.

Zur Lofert-Studie noch einen Satz. Man soll hier aufpassen, daß man nichts vertauscht. Ich habe als Krankenanstaltenreferent in meinem Referatsbereich eine Studie in Auftrag gegeben, mit der Summe von 600.000 Schilling. Hier sind die Fakten, die Zahlen, die als Grundlage dieser Studie angenommen wurden, nicht in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Zahlen. Aus dem Grunde gibt es eine Überarbeitung in diesem Bereich. Und dann, wenn diese Grundlagenfakten vorliegen, das heißt eine Ist-Zustandserhebung: Was haben wir derzeit in den Krankenanstalten Kärntens? In welchen Krankenanstalten passiert welche medizinische Behandlung? Werden wir aufbauend auf diese Grundlagenstudie die Schritte setzen, die ich auch eingeleitet habe durch die erstmalige Initiierung eines 5-Jahresprogrammes? Ein 5-Jahresprogramm für die Krankenanstalten des Landes sowie für die konfessionellen oder privaten Krankenanstalten. Denn hier muß die Zusammenschau vorhanden sein, damit wir uns nicht gegenseitig konkurrenzieren, damit Schwerpunktsetzungen dort stattfinden, wo die Einrichtungen vorhanden sind und damit im Verrechnungssystem die Anstalten nicht darunter leiden, daß vier andere das gleiche machen. Denn durch die Deckelung im Verrechnungssystem ist es so, wenn zu viele das gleiche machen, bekommen sie für mehr Leistung weniger Geld und kommen in finanzielle Probleme.

Ich möchte nicht in den Bereich gehen, wo wir Maßnahmen setzen, ob das Wolfsberg ist, ob das für den Bereich der Gailtalklinik ist, ob das jetzt Schwerpunkte sind, die wir im Bereich der Krankenanstalten des Landes Klagenfurt - im Schwerpunktkrankenhaus - setzen. Das sind Maßnahmen, die auf jeden Fall sehr wichtig sind.

Und ich komme jetzt zu einem Thema für die Zukunft. Denn wir müssen in die Zukunft

blicken und schauen, wie werden wir das gemeinsam bewältigen. Ich habe von Anfang an Verantwortliche der politischen Parteien, der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft, die Personalvertretung, die medizinische Leitung an einen Tisch geholt. Wir haben viele und ständige Gespräche geführt und werden noch sehr viele Gespräche zu führen haben, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus. Denn Veränderungen bewirken natürlich Unsicherheit. Und wir müssen sehr aufpassen, daß die Menschen in Veränderungen, die wir durchführen wollen, eingebunden sind, damit die Unsicherheit beseitigt wird. Denn wir werden es uns nicht leisten können, uns um Veränderungen in manchen Bereichen herumzuschwindeln. Aus dem Grunde habe ich einen Gipfel einberufen und vor kurzem haben wir den 2. Krankenanstaltengipfel durchgeführt. Hier ist es wichtig, daß wir sehr verantwortungsbewußt und mit dem Ziel, ein gutes Gesundheitssystem in Kärnten zur Verfügung stellen zu können, diese Plattform mit Leben erfüllen.

Es gibt den Antrag der ÖVP im Kärntner Landtag, im Ausschuß, der Wunsch Holding "Gesundes Kärnten". Ich würde meinen, wir sollten uns dahingehend vereinbaren, daß wir eine Gesundheitsplattform gründen. Ich hätte gerne "Gesundes Kärnten" genommen. Es gibt jedoch den Markenschutz seitens der Gebietskrankenkasse. Man sollte daher überlegen, wir sollten das das nächste Mal darüber diskutieren, daß es vielleicht "Gesundheitsland Kärnten" heißen könnte. Denn das ist ein Leitbildprojekt welches in Kärnten auf jeden Fall einmal zur Verfügung steht. Dieser Antrag der hier im Ausschuß zur Behandlung steht, ist ein Antrag, der den Bereich Krankenanstalten, extramuraler Bereich, Bereich niedergelassene Ärzte und all diese gesundheitspolitischen Bereiche betrifft. (*Vors.: Herr Landesrat, Ihre Redezeit ist abgelaufen.*) Wir haben die erste Arbeitsgruppe eingesetzt, (*Zwischenruf Abg. Dr. Wutte.*) Herr Kollege Klubobmann Wutte - wir reden nicht nur, sondern wir wollen in dieser Plattform weiterkommen. Ich habe keine großen Probleme. Wenn es zu Arbeitskreisentscheidungen kommt, dieser Plattform dann vorgelegt wird, dann werden die Beteiligten bishin zur Ärztekammer, wenn wir auch immer brauchen, bereit sein, die

Vorschläge mitzutragen. Wir haben kein Instrument, das wir der Ärztekammer vorschreiben können. Wir haben kein Instrument, daß wir dem Nationalrat vorschreiben können, wie verändert man das ASVG oder wie schaut die zukünftige Krankenanstaltenfinanzierung aus. (Vors.: *Herr Landesrat, bitte zum Ende zu kommen.*) Wir ersuchen Sie, in dieser Arbeitsgruppe konstruktiv mitzuwirken, es ist ein gutes Klima, wir können hier weiterkommen, Streitpunkte ausdiskutieren und gemeinsam für ein Gesundheitsland Kärnten aktiv sein. Ich glaube das wollen wir alle. Und wenn wir das zusammenbringen, dann werden die Menschen das auch akzeptieren und jeder wird seinen Erfolg dabei haben. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Zeit für die Aktuelle Stunde abgelaufen. Wir kommen zur Tagesordnung. Bevor ich in diese eintrete darf ich mitteilen, daß für die heutige Landtagssitzung auch Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler und Herr Abg. Ing. Wissounig entschuldigt wurden.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Wir kommen zur Tagesordnung.

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 177-1/28:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten, zu den Stellenplänen des Landes Kärnten für das Jahr 2000, zum Entwurf eines Beschlusses über ein Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2004 im Sinne des Art. 61 Abs. 1,2,3 und 4 K-LVG und zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Kärntner Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum Landesvoranschlag 2000 erteilt werden.

Die Einbegleitung erfolgt durch den Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger.

Hohes Haus! Einer langjährigen Tradition entsprechend ist die Budgeteinbegleitung einer eigenen Landtagssitzung gewidmet. Andere materielle Tagesordnungsgegenstände werden in dieser Sitzung nicht beraten. Damit soll auch auf diese Weise die Bedeutung des Landesvoranschlages unter Beweis gestellt werden. Die Budgeteinbegleitung, Hohes Haus, erfolgt durch das zuständige Mitglied der Landesregierung. Ich

erteile dem Herrn Finanzreferenten, Landesrat Ing. Karl Pfeifenberger das Wort und ersuche ihn, ebenfalls einer langjährigen Tradition entsprechend, nicht von der Regierungsbank, sondern vom Rednerpult aus zu sprechen.

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus! Als Landesfinanzreferent habe ich heute die Möglichkeit, den vorliegenden Landesvoranschlag 2000, das Budgetprogramm 2000 bis 2004, sowie den Nachtragsvoranschlag 1999 näher zu erläutern. Ich bedanke mich zu allererst bei allen Referenten für die sehr konstruktiven und zielführenden Gespräche und Verhandlungen. Mein besonderer Dank gilt aber auch allen Beamten für die exzellente Arbeit. Allen voran möchte ich dem Vorstand der Abteilung 4, Herrn Dr. Felsner mit seinem Team, für die kurze und effiziente Ausführung der gesamten Unterlagen danken. (*Beifall im Hause.*)

Auf der Basis der von mir vorgegebenen Budgetrichtlinien war es für niemanden in der Landesregierung einfach, mein Ziel, die Nettoneuverschuldung trotz ungünstiger Rahmenbedingungen unter einer Milliarde

Schilling für das "Budget 2000", zu erreichen. Gebunden an den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, auf den der österreichische Stabilitätspakt aufbaut, sind wir zur Vorlage eines Stabilitätsprogrammes jährlich verpflichtet. Demnach haben sich Bund, Länder und Gemeinden in einer am 10.11.1996 abgeschlossenen Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt zur gemeinsamen Haushaltskonsolidierung geeinigt. Die Vertragspartner haben nach dieser Vereinbarung aufgrund gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften die Haushalte zu koordinieren. Zur Aufteilung der Defizitquoten nach "Maastricht" und allfälliger Sanktionslasten zwischen Bund, Ländern, den Städten und den Gemeinden sind Koordinationskomitees einzurichten. Diese haben durch einstimmige Beschlüsse, mindestens zwei Sitzungen jährlich, die Einhaltung der Defizitquoten nach "Maastricht" zu überprüfen.

Ein ganz wesentlicher Aspekt für die Budgeterstellung 2000 war die Auswirkung der Steuerreform 2000, welche eine reale Verringerung der Einnahmen für das Land Kärnten in einem doch beträchtlichen Ausmaß von 380 Millionen Schilling bewirkt. Zusätzlich hat Kärnten als finanzschwaches Kopfquotenland auch in diesem Bereich Einnahmeverluste für das Jahr 2000 hinzunehmen.

Unter diesen Prämissen, welche auf Beschlüssen der Bundesregierung, auf Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beruhen, war die Erstellung der von mir vorgeschlagenen Budgetrichtlinien gerechtfertigt und zur Einhaltung der Ziele notwendig. Kärnten bekommt damit die Chance, den Landeshaushalt zu konsolidieren und langfristig zu sanieren. Als Beweis für die konsequente Umsetzung dieses Budgetzieles 2000 gilt die Absenkung der Nettoneuverschuldung, laut Referentenanmeldung in der Höhe von 1,825 Milliarden Schilling, auf die nunmehr festgelegte Nettoneuverschuldung von 995 Millionen Schilling im Budgetentwurf, welcher am Dienstag in der Landesregierung mit großer Mehrheit beschlossen wurden. Auch bei der Darstellung des Maastricht-Überschusses der Bundesländer liegt somit Kärnten mit 503 Millionen Schilling Überhang im vorderen Feld,

mit Tirol und Vorarlberg. Einige Bundesländer haben die maximale Defizitquote knapp erreicht bzw. bereits überschritten.

Geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Ein wesentlicher Umstand bei der Budgetplanung sind die wirtschaftlichen Rahmenvoraussetzungen der kommenden Jahre. Gestützt auf eine Erholung der Exportziffern und das Ansteigen des privaten Konsums rechnet man mit einem realen Wirtschaftswachstumswachstumszuwachs von 2,6 % für 2000. Die verfügbaren persönlichen Einkommen werden laut Prognose um 3,8 % zunehmen. Die Preisentwicklung ist sehr stabil. Die Beschäftigung in Kärnten hat sich seit März deutlich gebessert und wird sicherungsgemäß für 2000 wiederum steigern. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Die Arbeitslosenziffern sind derzeit auf einem Tiefststand und lassen somit die berechtigte Hoffnung zu, daß durch verstärkte Investitionsbereitschaft der Wirtschaft dieser Trend fortgesetzt werden kann. Vor allem boomende Branchen im High-Tech-Bereich und in der Software-Entwicklung kompensieren Auslastungsprobleme in anderen Bereichen unseres Wirtschaftslebens. Schwierig ist noch immer die Bewältigung der Frauenarbeitslosigkeit und alle damit verbundenen Probleme der familiären Existenzsicherung. Auch die wirksame Bekämpfung der ansteigenden Armut in unserem Land stellt ein Hauptproblem dar, auf das die Budgetplanung auszurichten ist.

Geschätzte Damen und Herren! Wie stellt sich jetzt die Einnahmen- und Ausgabensituation insgesamt dar? - Bei den Einnahmen ergibt sich gesamt eine Steigerung von der Summe 22,880 Milliarden Schilling auf 23,400 Milliarden Schilling; das sind 2,27 %. Im Ausgabenbereich erhöht sich die Summe von 25,142 auf 25,928 Milliarden Schilling im Vergleich zu den Jahren 1999 und 2000; das sind 3,12 %. Die Tilgungsrate für Kredite zur Abdeckung von Verbindlichkeiten erhöht sich von 1,291.752.000 auf 1,532.732.000 Schilling im Jahr 2000. Das ist eine Steigerung von 18,7 %. Die Pflichtausgaben steigern sich von 22,8 Milliarden auf 23,6 Milliarden Schilling; das sind 3,68 %. Im Bereich der Ermessensausgaben

verringert sich jedoch die Summe von 2,336 Milliarden auf 2,283 Milliarden Schilling, das sind 2,27 %.

Die Nettoneuverschuldung erhöht sich nur geringfügig und zwar um 24,4 Millionen Schilling, das sind lediglich 2,52 %.

Damit stelle ich fest, daß sich bei einer vergleichbaren Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von 1999 auf 2000 die Nettoneuverschuldung um den Einnahmeverlust von 380 Millionen Schilling durch die Steuerreform verbessert hat. Das ist ein Erfolg, der sich für Kärnten und auch in den nächsten Jahren in der Budgetkonsolidierung positiv niederschlagen wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Bereichen der Referenten kommen, welche sich ausgaben-seitig wie folgt darstellen: Referat Landeshauptmann: 7,827 Milliarden, plus 219 Millionen Schilling. Das ist eine Steigerung von 2,89 % zu 1999. Referat Reichhold: 2,947 Milliarden, ein Minus von 63,4 Millionen, minus 2,1 %. Referat Schiller: 306,8 Millionen, plus 12 Millionen; eine Steigerung von 3,8 %. *(Lärm im Hause. - Vorsitzender: Der Herr Landesrat ist am Wort!)* Referat Wurmitzer: 1,906 Milliarden Schilling, plus 17 Millionen. Das ist 0,92 % Steigerung. Referat Unterrieder: 7,476 Milliarden, eine Steigerung von 343 Millionen; ist 4,85 % Steigerung. *(Lärm im Hause)* Referat LR Schaunig-Kandut: 2,126 Milliarden, eine Steigerung von 218,9 Millionen; ist 11,47 % Steigerung. *(Lärm im Hause)* Referat Pfeifenberger: 3,33 Milliarden, plus 61 Millionen; ist 1,8 % Steigerung.

Das ergibt eine Aufteilung der Budgetausgaben ohne Zinsen und Tilgung nach dem politischen Kräfteverhältnis, von SPÖ: 9,909 Milliarden, das ist 41,8 %; ÖVP: 1,906 Milliarden, das ist 8 % *(LR Wurmitzer: Ja, mit 20 Stimmen!)* und FPÖ 11,907 Milliarden, das ist 50 %, wobei unter Berücksichtigung der Ausgaben für Personal von rund 8,9 Milliarden Schilling bei den Referaten SPÖ und FPÖ die budgetäre Manövriermasse annähernd auf alle Parteien gerecht verteilt ist. *(Lärm in der ÖVP-Fraktion. - Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Weiterhin Lärm im Hause. - Der Vorsitzende mahnt mit dem Glockenzeichen zu Disziplin.)*

Im Bereich der Krankenanstalten wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Nettogebärungsabgang für 2000 2,147 Milliarden betragen soll. Im Personalaufwand der KAB ist für Besserstellungen und Vorrückungen Vorsorge getroffen worden. Die jetzt eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen und Redimensionierungsentscheidungen werden ein enormes Potential an Einsparungen für den Krankenanstaltenbereich zutage fördern. Diese freiwerdenden Mittel können im Referatsbereich zweckgebunden für eine Nachdotierung des Personalaufwandes zusätzlich im Wege eines Nachtragsvoranschlags 2000 eingesetzt werden.

Geschätzte Damen und Herren! Damit kommt es zu einer zielorientierten Kostenplanung, welche auf Basis einer leistungsbezogenen Budgetcenter-Organisation aufbaut und eine straffe Ablauforganisation mit einer zu definierenden Schwerpunktsetzung im medizinischen Bereich im Einklang steht. Ein gesamtheitliches Gesundheitsorganisationskonzept für ganz Kärnten wird zwar Umschichtungen im Personalbereich zur Folge haben, von einem Abbau kann jedoch nicht gesprochen werden.

Privatwirtschaftliche Kriterien im Kostenbereich müssen deshalb eingesetzt werden, um zukünftige gesundheitspolitische Aufgaben und Strategien in einem beschäftigungspolitisch sehr interessanten Bereich überhaupt finanzieren zu können. Das Budget für den Bereich "Gesundheit" wurde gemeinsam mit Kollegen Unterrieder unter dieser langfristigen Überlegung mit großer Verantwortung festgelegt.

Als nächster Schwerpunkt im Budget stellt sich der Sozialbereich dar. Mit einer Steigerung von 11,5 % zu 1999 hat er die mit Abstand größte Zunahme zu verzeichnen. Das beweist auch meine Bereitschaft, Veränderungen im gesamten Sozialwesen zu akzeptieren und mitzutragen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Hervorgerufen werden diese notwendigen Verschiebungen durch veränderte Altersentwicklungen unserer Bevölkerung und durch das Ansteigen der Armut insgesamt. Diese soziale Kompetenz bringe ich gerne ein, wenn von der Referentin Schaunig-Kandut auch weiterhin die

Entschlossenheit vorhanden ist, eine Verschiebung von Bundesaufgaben auf die Landesebene mit den negativen Auswirkungen für das Landesbudget zu verhindern. Diese Forderung muß ich deshalb einmahnen, weil ansonsten eine mittelfristige Finanzierung von derartigen Steigerungsraten mit einer Budgetkonsolidierung nicht vertretbar ist. Eine verstärkte Effizienzkontrolle der eingesetzten Mittel muß ebenso umgesetzt werden, wie eine Verlagerung gewisser sozialpolitischer Aufgaben in billigere, privatwirtschaftliche Strukturen und Organisationen. Im Bereich "Umwelt" wurde mit Regierungskollegen Schiller eine generelle Einigung für alle budgetären Ansätze gefunden. Offen ist lediglich die Frage der Alternativenergieförderung, die gemeinsam mit dem Agrarreferenten für Projekte auszuverhandeln und im vorliegenden Agrarbudget unterzubringen ist. Alle sonstigen umweltrelevanten Maßnahmen sind finanziert und gesichert.

Die Landwirtschaftsförderung ist in allen Punkten fertig ausverhandelt. Trotz fehlender Beschlüsse auf Bundesebene war die Bereitschaft meinerseits vorhanden, eventuell nachzudotierende EU-Kofinanzierungsmittel in einem Nachtragsvoranschlag 2000 sicherzustellen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Vor allem der Bereich "Entwicklung ländlicher Raum" stellt zukünftig eine der wesentlichen Zielsetzungen zur Erhaltung einer existenzsichernden Struktur und Lebensgrundlage in den ländlichen Regionen dar. Es muß aber vermerkt werden, daß bei der Verwendung der Mittel aus dem Agrarbudget eine Zuordnung dahingehend erfolgen soll, daß damit wirtschaftliche Impulse zur Förderung einer erhöhten Wertschöpfung und steigenden Beschäftigung erzielt werden. Von ausschließlichen Produktionsförderungen sollte eine Veränderung hin zu einer verstärkten Investitionsförderung für den kleingewerblichen und landwirtschaftsgewerblichen Bereich erfolgen. Auch der Einsatz von Bedarfszuweisungen muß zukünftig verstärkt für den Aufbau einer gesunden Kleingewerbestruktur im ländlichen Bereich eingesetzt werden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Mein Appell ergeht hier in erster Linie an die Bürgermeister unserer Gemeinden, sich nicht teure unfinanzierbare Denkmäler zu Lebzeiten zu setzen, sondern mehr auf den Wirtschaftsstandort Gemeinde zu setzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Damit, meine Damen und Herren, werden zukünftige Einnahmen gesichert, wird der Verschuldungsgrad der Gemeinden reduziert und vielen Menschen in der eigenen Gemeinde ein Arbeitsplatz angeboten. Es geht vor allem darum, die Finanzkraft der Gemeinden durch intensive Betriebsansiedlung aus eigener Kraft zu stärken und somit die Tendenz einer Verarmung der dezentralen Regionen entgegenzutreten.

Im Bereich der freiheitlichen Referate wurde richtlinienkonform angemeldet und budgetiert. Im Personalbereich sowie bei den Pensionen ist Vorsorge getroffen worden, wobei eventuelle Nachdotierungen, wie im Jahre 1999, aufgrund erhöhter Lohn- und Gehaltsabschlüsse in einem Nachtragsvoranschlag gemeinsam mit dem Krankenanstaltenpersonal aufzunehmen sein werden.

Umstellungen im Bereich der Wohnbauförderung sind budgetär berücksichtigt und in der Folge politisch zu verhandeln.

Die Landesverwaltung ist einer generellen Weiterentwicklung in der administrativen und organisatorischen Struktur zu unterziehen. Das Ziel, eine schlanke Verwaltung aufzubauen, kann durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

verstärkter Ausbau von Budgetcenter-Organisation; Eigendisziplin im Erlassen von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen; eine umfassende Gesetzesbereinigung und -entflechtung auf Basis einer Geschäftsprozeßoptimierung; eine landesweite Vernetzung aller Ämter und Gemeinden; eine Standardisierung der Hardware und Software und deren Vereinheitlichung; flexible Arbeitszeitmodelle (z. B. Teilzeit); die Flexibilisierung der Amtszeiten; ein Aufbau von Competence-Center - ich nehme hier heraus den Bereich "Recht", den Bereich "Personalentwicklung", aber auch das gesamte Förderungswesen. Es geht auch um eine Zusammenlegung von Kernkompetenzen; die

Einführung eines landesweiten durchgängigen Beschaffungsmanagements, einen gemeinsamen Lieferantenpool bei dezentraler Disposition und Distribution; die Einführung einer flächendeckenden und durchgängigen Leistungsverrechnung; einer Kostenstellenrechnung und einer Ergebnisrechnung. Das Land Oberösterreich hat zum Beispiel einen Leistungskatalog für diese Kriterien erstellt und arbeitet sehr erfolgreich damit. Weiters: Das Angleichen der Förderpolitik und die Ausgaben durch Standards an vergleichbaren "Best Practice"-Modellen anderer Bundesländer zu orientieren; die Erhöhung der Zielgenauigkeit bei Förderungen; Doppel- und Mehrfachförderungen auf Effizienz überprüfen und ein insgesamtes Förderungscontrolling einzuführen, damit es möglich ist, einen Vergleich der Wertschöpfungssteigerung in einer Periode festzustellen.

Alle diese Maßnahmen dienen dazu, durch mehr Effizienz, Controlling, Straffung der Abläufe, gesamte Vernetzung und Administration enorme Optimierungspotentiale zu erreichen, um damit auch Kosten einzusparen.

Ein weiterer positiver Aspekt ist eine bürgerfreundliche und flexible Verwaltung. Eine Umsetzung soll nur unter Einbindung aller Beteiligten und Referatsverantwortlichen durchgeführt werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Einen weiteren wesentlichen Bereich - die Wirtschaftsförderung, die in meinen Zuständigkeitsbereich fällt - möchte ich jetzt in drei Schwerpunkten interpretieren.

Erstens, Technologieförderung: Der vom Herrn Landeshauptmann Dr. Haider initiierte Technologiefonds ist zweifellos ein wirtschaftspolitischer Meilenstein in der Kärntner Wirtschaftsgeschichte. Er schafft die Basis, die Umstrukturierung der Kärntner Wirtschaft in Richtung wachstumsorientierter Branchen zu dynamisieren. Dadurch wird der Abstand zu den industriell führenden Ländern verringert. Kärntner Unternehmen können ihre technologische und innovative Entwicklung forcieren und damit den Stand der Technik und den Anschluß an internationale Entwicklungen erreichen.

Technologische Stärkefelder (das sind Vorstufen zu Cluster) sind durch Technologiethemen zu

unterstützen und somit ist Klein- und Mittelbetrieben eine Verbesserung ihrer Innovationsfähigkeit zu verschaffen. Langfristig schafft dies eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und höheres Einkommen. Durch eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung, durch Unternehmenskooperationen bzw. Unternehmerqualifikation wird das sichergestellt.

Beim Aufbau von interessanten Projekten ist auf einen Zeitraum von sieben Jahren ein Gesamtförderbetrag von drei Milliarden Schilling lukrierbar. Die Aufteilung müßte zu einem Drittel im Bereich des Technologiefonds, zu einem Drittel auf Bundes- und EU-Ebene und zu einem Drittel durch die Kärntner Wirtschaft erfolgen. So betrachtet, kann dieser Schritt gewaltige Investitionen in den Folgejahren auslösen und unsere Position wesentlich verbessern.

Zweitens: Stärkung der Investitionsförderung für KMU. Dieses Kapitel muß einer Verbesserung zugeführt werden. Der Status quo ist unbefriedigend und wenig zielführend. Meine Vorgabe ist eine abgesteckte Investitionsförderung für KMU für die Schaffung neuer Betriebsstrukturen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Es werden heute viele Betriebe abgewiesen, wenn sie in eine neue Struktur investieren. Mein Vorschlag an den Wirtschaftsförderungsfonds ist eine Dotierung von 40 bis 50 Millionen Schilling jährlich, zusätzlich in Form einer neuen Richtlinie. Dazu kommt noch die Vereinbarung mit der Bürges-Bank über eine maximale Regionalförderung wie in anderen Bundesländern. Hier sind auch alle Kärntner Banken als Partner miteinzubauen.

Im Tourismus muß die Förderung für Qualitätsverbesserung fortgeführt und intensiviert werden. Eine zeitlich befristete Verlängerung der Kanalförderung im Tourismus kann bestehen bleiben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Drittens: Interregionale Entwicklungsarbeitsgemeinschaft. Als Nachfolgestruktur der Olympiagesellschaft kommt dieser Plattform zukünftig große Bedeutung zu. Sie eröffnet Kärnten den Zugang zu einem Kosumentenmarkt mit zehn Millionen Einwohnern. Verstärkte Kooperati-

onsmöglichkeiten und neue Betriebsansiedlungen eröffnen Chancen für unser Land in den Bereichen Technologie, Gewerbe, Tourismus und Datenkommunikation. Der Startschuß ist bereits vom Herrn Landeshauptmann gegeben worden. Die operative Aufnahme der Tätigkeit in wirtschaftlicher Sicht ist mit Beginn 2000 fixiert.

Silicon Alps wird im Zusammenspiel der Partner Slowenien, Friaul Julisch-Venetien, Veneto und Kärnten eine wichtige Rolle einnehmen und einen möglichen Export von Know-how realisieren.

Meine Damen und Herren! Zurückkommend auf die Budgetplanung kann ich zum Abschluß meiner Ausführungen auf das Budgetprogramm 2000 bis 2004 eingehen. Es beruht auf dem Zahlenwerk des Voranschlages 2000 und baut alle mittelfristigen Überlegungen auf demselben auf. Es ist ein Budgetprogramm mit Verantwortung für dieses Land. Es ist auch sozial gerecht und kompetent! Es hat aber die gesamte Periode ein wesentliches und landespolitisches Ziel als Leitlinie verfolgt, nämlich die Konsolidierung der Schuldenentwicklung in Richtung einer ausgeglichenen Gebarung. Berücksichtigt werden dabei die Einnahmehausfälle von zirka 450 Millionen Schilling jährlich im Schnitt der nächsten vier Jahre und ebenso erhöhte Sozialleistungen ab 2001 von 7 %, mit danach fallender Tendenz.

Alle anderen Ausgabenbereiche erhielten moderate Zuwächse. Auch alle investiven Maßnahmen sind voll dotiert und auf die Periode abgesichert. Es stellt dieses Beschlußwerk, welches am Mittwoch in der Landesregierung mit einer großen Mehrheit

abgesegnet wurde, die in Zahlen gegossene Regierungserklärung für die nächsten fünf Jahre dar. Durch sensibles Verhandeln ist es mir - trotz anderer Vermutungen! - gelungen, eine derartige Willensbildung aufzubereiten und beschlußfähig zu machen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion, LH Dr. Haider und LH-Stv. Ing. Reichhold.)*

Es wäre auch für die ÖVP ein leichtes gewesen, diesem - auch mit dem zuständigen Referenten Wurmitzer in allen Punkten ausverhandelten - Budget und Programm zuzustimmen. *(Abg. Dr. Wutte: So leicht machen wir es uns eben nicht!)* Es war dies der ÖVP aber aus prinzipiellen Überlegungen nicht möglich.

Geschätzte Damen und Herren! Es erfüllt mich mit großer Freude und bestärkt mich in der hohen Verantwortung für unser Land, dem Kärntner Landtag diesen Beschluß der Landesregierung zuzumitteln. Der Beschluß über den Budgetentwurf 2000 und das Budgetprogramm 2000 bis 2004 ist die politische und wirtschaftliche Basis für eine erfolgsversprechende Zukunft unserer Bürger und unseres Heimatlandes Kärnten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Starker Beifall der FPÖ-Fraktion, von LH Dr. Haider und LH-Stv. Ing. Reichhold)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung, aber noch nicht die Sitzung beendet. Nachdem der Schriftführer derzeit nicht anwesend ist, werde ich beginnen *(Heiterkeit im Hause)*, Ihnen den Einlauf vorzutragen.

Mitteilung des Einlaufes

Es liegt eine Dringlichkeitsanfrage, die ausreichend unterzeichnet ist, vom Klub der ÖVP-Abgeordneten vor. *(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)* Zur Geschäftsordnung, bitte!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Es entspricht einer jahrzehntelangen Tradition des Kärntner Landtages, anlässlich der Budgetrede des Finanzreferenten keine politischen Initiativen zu setzen. Die Obmännerkonferenz des Landtages

hat einstimmig - auch mit Stimmen der ÖVP! - für diese Sitzung beschlossen, keine politischen Initiativen zu setzen. Das Verhalten der ÖVP, jetzt eine dringliche Anfrage einzubringen, ist gegen diese Vereinbarung, ist gegen diesen Beschluß, und zeigt einmal mehr, Herr Kollege Wutte, daß diese Partei nicht paktfähig ist und daß Sie aus billigem (*Lärm in der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Das werdet ihr feststellen?!)* Opportunismus mit jahrzehntelangen Traditionen des Hohen Hauses (*Lärm im Hause*) brechen und ihr eigenes Wort brechen. (*Abg. Dr. Wutte: Wir lassen uns unser demokratisches Recht nicht verhindern!*) Das ist das Verhalten der ÖVP!

Aus diesem Grund gibt es auch keine Zustimmung zur Dringlichkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, die Anfrage ist eingebracht. Ich verlese sie. (*Abg. Dr. Wutte: Zur Geschäftsordnung!*) Zur Geschäftsordnung, bitte, Klubobmann Wutte!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Hohes Haus! Es mag also verwunderlich sein, wenn Kollege Strutz sagt, daß es keine parlamentarischen Initiativen geben sollte, politische. Wie verstehe ich denn das, daß mir jetzt einige Anträge auch seitens der Freiheitlichen Partei auf den Tisch flattern, die im Einlauf dann noch verlesen werden? Ich verstehe da erstens nicht ganz die Aufregung. Zweitens war es doch so, daß insbesondere die Freiheitliche Partei in den letzten Jahren massiv kritisiert hat, daß die Budgeteinbegleitung quasi solitär im Raum gestanden ist. Wir machen nichts anderes, als die Wünsche der FPÖ aus den Vorjahren heute zu erfüllen (*Lärm im Hause*), damit die politische Arbeit weitergehen sollte.

Eines möchte ich auch ganz klar sagen: Wir lassen uns durch dieses Terminchaos, das letztlich zur Verschiebung der Budgeteinbegleitung

geführt hat, unsere demokratischen Rechte hier in diesem Haus nicht nehmen. Ich beantrage daher auch, daß wir die Dringlichkeitsanfrage zur Abstimmung bringen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung! - Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz zur Geschäftsordnung das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Die Ausführungen des Kollegen Wutte bedürfen einer Klarstellung. Die Freiheitliche Partei hat in den vergangenen Jahren nie kritisiert, daß der Referent solitär die Einbegleitung des Budgets vorzunehmen hat. (*Abg. Dr. Wutte: Selbstverständlich!*) Wir haben durch unser Verhalten auch in den vergangenen Jahren die Tradition gewahrt und diese Usance akzeptiert. (*Abg. Dr. Wutte: Selbstverständlich habt ihr das kritisiert!*) Deshalb ist das unrichtig! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mitgeteilt, daß eine Dringlichkeitsanfrage von der ÖVP-Fraktion eingebracht wurde. Nach der Geschäftsordnung ist vorzugehen.

A. Dringlichkeitsanfragen:

1. Ldtgs.Zl. 242-1/28:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs an Landesrat Ing. Pfeifenberger mit folgendem Wortlaut:

Wie schauen die konkreten Inhalte der von Ihnen beauftragten Firma SIBA für die Kontrolle des Kärntner Glücksspielgesetzes aus, insbesondere wie hoch sind die dafür für das Land Kärnten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Firma SIBA; welche Befugnisse sind den Mitarbeitern der Firma SIBA erteilt worden; wozu werden sie durch den ausgestellten Dienstaussweis berechtigt; welche Konzessionen hat die Firma

SIBA für den durchgeführten Auftrag, und ist vor der erfolgten Beauftragung der Firma SIBA eine Ausschreibung durchgeführt worden?

Meine Damen und Herren! Sie haben diese Anfrage gehört. Es ist über die Dringlichkeit ohne Debatte abzustimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist die Minderheit! Die ÖVP-Fraktion hat der Dringlichkeit zugestimmt; FPÖ und SPÖ nicht. Daher wird diese Dringlichkeitsanfrage dem Herrn Landesrat zugemittelt. (*Abg. Dr. Wutte: Die SPÖ ist in Geiselhaft! - Abg. Ing. Rohr: Ihr seid nur neidig, daß ihr nicht mehr in Geiselhaft seid!*)

Ich bitte den Schriftführer, den weiteren Einlauf mitzuteilen! (*Lärm und Heiterkeit im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Die Sitzung ist noch nicht geschlossen. Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Schriftführer **Mag. Arnold:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es liegen weiters sechs Anträge von Abgeordneten vor.

B. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 239-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß jedes Jahr ein dreijähriger Lehrgang für Physiotherapie an der Akademie für Gesundheitsberufe in Klagenfurt beginnt.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

2. Ldtgs.Zl. 240-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Instanz einer (eines) Familienbeauftragten für Kärnten zu schaffen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

3. Ldtgs.Zl. 241-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen auf der Forderung an die Beitrittskandidaten festgehalten wird, bei ihren Nuklearanlagen ein Niveau zu erreichen, das dem Stand in der Union hinsichtlich der Technologie und der Vorschriften sowie in operativer Hinsicht entspricht. Eine Aufweichung dieser Position ist im Sinne der österreichischen Anti-Atom-Politik nicht zulässig. Den Beitrittskandidaten darf unter keinen Umständen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen die ausschließliche Verantwortung für die Sicherheit ihrer Anlagen zugesprochen werden. Im Gegenteil muß die Erfüllung der oben genannten Forderungen einen Teil des Beitrittsprozesses darstellen und neben der EU-Kommission auch interessierten EU-Mitgliedsländern eine Kontrollmöglichkeit einräumen.

Zuweisung: **Ausschuß für Umwelt und Energie**

4. Ldtgs.Zl. 40-3/28:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert:

1. die Beschlüsse des Kärntner Landtages vom 25.2.1993 und vom 14.2.1993 betreffend Änderung der Richtlinien für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen des Kärntner Nothilfswerk rasch zu vollziehen und

2. in Verhandlungen mit der Bundesregierung eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes (*Es herrscht Unruhe im Hause.*) dahingehend zu erreichen, daß Interessengemeinschaften verstärkt in den Genuß von (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen und bittet noch für einige Minuten um Aufmerksamkeit.*) Beihilfen nach Katastrophenschäden kommen können.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassung-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten**

5. Ldtgs.Zl. 101-5/28:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in den einzelnen Landesgesetzen und Richtlinien die Einkommensgrenzen für die Gewährung von Unterstützungen und Beihilfen entsprechend den jährlichen Steuerentlastungen ab 1.1.2000 anzupassen und weiters bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß auch in den Bundesgesetzen/Richtlinien die Anpassung erfolgt.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

6. Ldtgs.Zl. 228-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Konzept der Stadtgemeinde Althofen zum Bezirksganzjahreszentrum durch geeignete Maßnahmen (Hilfestellung bei Verhandlungen mit Bundesregierung und Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds) zu unterstützen.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

Alle Anträge tragen die erforderliche Zahl von Unterschriften. Soweit zum Einlauf des heutigen Tages.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist die Tagesordnung der heutigen 10. Sitzung des Kärntner Landtages beendet. Bevor ich schließe, möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Herr Landesamtsdirektor heute Geburtstag hat - den 52-zigsten. Ich darf ihm herzlich gratulieren. (*Beifall im Hause.*) Vielleicht ist er noch hier im Hause anwesend. (*Der noch anwesende Landesamtsdirektor bedankt sich durch eine Verbeugung.*)

Ich schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 16.48 Uhr